

## GROSSER RAT

### WORTPROTOKOLL

#### 123. Sitzung vom 17. Dezember 2024 von 14:00 bis 17:05 Uhr (Art. 1648-1661)

---

|                   |   |
|-------------------|---|
| Vorsitz:          | Dr. Mirjam Kosch, Aarau   |
| Protokollführung: | Rahel Ommerli, Ratssekretärin   |
| Redaktion:        | Oliver Müller, Parlamentsdienst   |
| Präsenz           | Anwesend 137 Mitglieder (Gehen vor der letzten Abstimmung:<br>Daniel Hölzle, Zofingen, bis 14:46 Uhr)               |
|                   | Abwesend 3 Mitglieder   |
|                   | Entschuldigt abwesend (3): René Fiechter, Hunzenschwil; Dé-<br>sirée Stutz, Möhlin; Annetta Schuppisser, Bremgarten |

| Behandelte Traktanden   | Seite |
|---|-------|
| 1648 Neu eingereichte Vorstösse der Nachmittagssitzung .....  | 3737  |
| 1649 Motion Dr. Tobias Hottiger, FDP, Zofingen (Sprecher), Hans-Peter Budmiger, GLP, Muri, Martin Egloff, FDP, Wettingen, Dr. Lucia Engeli, SP, Unterentfelden, Manuela Ernst, GLP, Wettingen, Karin Faes, FDP, Schöftland, Karin Koch Wick, Mitte, Bremgarten, Arsne Perroud, SP, Wohlen, vom 25. Juni 2024 betreffend Finanzierung der Restkosten in der stationären Langzeitpflege; Überweisung an den Regierungsrat ..... | 3737  |
| 1650 Postulat der Mitte-Fraktion (Sprecher Harry Lütolf, Wohlen) vom 2. Juli 2024 betreffend Bericht des Regierungsrats zum problematischen Temporärgeschäft im Gesundheitswesen; Rückzug .....   | 3741  |
| 1651 Postulat der SP-Fraktion (Sprecher Rolf Schmid, Frick) vom 2. Juli 2024 betreffend Erstellung eines Berichtes über gezielte und sofortige Massnahmen zur Förderung der Dichte der haus- und kinderärztlichen Versorgung in den Regionen; Überweisung an den Regierungsrat und gleichzeitige Abschreibung .....   | 3742  |
| 1652 Interpellation Nicole Heggli-Boder, SVP, Buttwil, vom 2. Juli 2024 betreffend Gewalt an Aargauer Spitälern; Beantwortung und Erledigung.....   | 3742  |
| 1653 Motion Lelia Hunziker, SP, Aarau (Sprecherin), Mia Jenni, SP, Obersiggenthal, Maurus Kaufmann, Grüne, Seon, Manuela Ernst, GLP, Wettingen, Michael Notter, Mitte, Niederrohrdorf, Lutz Fischer, EVP, Wettingen, vom 2. Juli 2024 betreffend sofortige Massnahmen im Bereich der Abhängigkeit von Suchtmitteln im Kanton Aargau; Ablehnung .....  | 3743  |

|      |  |      |
|------|--|------|
| 1654 | Interpellation René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen (Sprecher), Miro Barp, SVP, Brugg, vom 14. Mai 2024 betreffend Asylchaos in der Schweiz und seine Auswirkungen auf den Kanton Aargau; Beantwortung und Erledigung .....  | 3748 |
| 1655 | Motion Colette Basler, SP, Zeihen (Sprecherin), Thomas Baumann, Grüne, Suhr, Robert Alan Müller, SVP, Freienwil, Matthias Betsche, GLP, Möriken-Wildegg, Christian Minder, EVP, Lenzburg, Gabi Lauper Richner, SP, Niederlenz, Andy Steinacher, SVP, Schupfart Andre Rotzetter, Mitte, Buchs, Martin Brügger, SP, Brugg, Claudia Rohrer, SP, Rheinfelden, vom 23. April 2024 betreffend Verbot von Schottergärten im Kanton Aargau; Rückzug..... | 3749 |
| 1656 | Postulat Walter Stierli, SVP, Fischbach-Göslikon (Sprecher), Mario Gratwohl, SVP, Niederwil, Christoph Hagenbuch, SVP, Oberlunkhofen, René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen, Roland Büchi, SVP, Wohlen, Roland Vogt, SVP, Wohlen, vom 14. Mai 2024 betreffend Anpassung Jagdverordnung «Ordnungsbusse bei Verletzung der Leinenpflicht»; Überweisung an den Regierungsrat .....   | 3750 |
| 1657 | Interpellation der Fraktion der Grünen (Sprecher Jonas Fricker, Baden) vom 11. Juni 2024 betreffend Bedeutung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Klage der KlimaSeniorinnen für den Kanton Aargau; Beantwortung und Erledigung .....  | 3750 |
| 1658 | Verabschiedung von Regierungsrat Alex Hürzeler, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport .....  | 3751 |
| 1659 | Inpflichtnahme von Martina Bircher, Aarburg, als Regierungsrätin.....  | 3756 |
| 1660 | Verabschiedung der austretenden Mitglieder des Grossen Rats und weitere Verabschiedungen .....   | 3756 |
| 1661 | Schlussansprache von Grossratspräsidentin Dr. Mirjam Kosch, Aarau.....   | 3760 |

*Vorsitzende:* Ich begrüße Sie herzlich zur 123. und somit letzten Sitzung der Legislaturperiode 2021/2024.

Präsenzerhebung (siehe S. 3735)

### **1648 Neu eingereichte Vorstösse der Nachmittagssitzung**

---

(GR.24.452-1) Interpellation Hans-Peter Budmiger, GLP, Muri (Sprecher), Béa Bieber, GLP, Rheinfelden, vom 17. Dezember 2024 betreffend Unterstützung von Leistungssportlerinnen und -sportler; Einreichung und schriftliche Begründung

---

(GR.24.453-1) Interpellation Dr. Philipp Laube (Sprecher), Mitte, Lengnau, Daniele Mezzi, Mitte, Laufenburg, Alfons Paul Kaufmann, Mitte, Rheinfelden, vom 17. Dezember 2024 betreffend Berücksichtigung der unterschiedlichen kulturellen Anspruchsgruppen bei der Verteilung der Gelder des Swisslos-Fonds (SLF); Einreichung und schriftliche Begründung

---

**1649 Motion Dr. Tobias Hottiger, FDP, Zofingen (Sprecher), Hans-Peter Budmiger, GLP, Muri, Martin Egloff, FDP, Wettingen, Dr. Lucia Engeli, SP, Unterentfelden, Manuela Ernst, GLP, Wettingen, Karin Faes, FDP, Schöftland, Karin Koch Wick, Mitte, Bremgarten, Arsène Perroud, SP, Wohlen, vom 25. Juni 2024 betreffend Finanzierung der Restkosten in der stationären Langzeitpflege; Überweisung an den Regierungsrat**

[Geschäft 24.198](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 25. September 2024 beantragt der Regierungsrat, die Motion abzulehnen.

*Dr. Tobias Hottiger, FDP, Zofingen:* Seitens der Motionärinnen und Motionäre erkläre ich, dass wir an der Motion festhalten. Die vorgeschlagene Lösung zur Verrechnung der Pflegerestkosten ist erstens fair, zweitens einfach und drittens eliminiert sie einen Fehlanreiz. Die meisten von Ihnen kennen die Vorgeschichte. Diese Motion wurde in einer sehr ähnlichen Form bereits einmal vor der Ausarbeitung der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) eingereicht. Wir haben diese dann als Postulat überwiesen, um die Flexibilität zu bewahren, damit man bei der Diskussion der GGpl diese ganze Finanzierungssituation in der Langzeitpflege nochmals diskutieren konnte. Es stand damals auch im Raum, dass es eventuell eine Finanzierung der Gesundheitskosten aus einer Hand geben würde, dass also der Kanton das in der Langzeitpflege auch finanzieren würde. Sie wissen, wie die GGpl beraten wurde: Die Finanzierung bleibt bei den Gemeinden, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Ich gehe davon aus, dass das bis mindestens 2032 so sein wird. Dann kommt EFAS (einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär) im Pflegebereich. Auch dort gibt es dann noch verschiedene Varianten, wie das gelöst werden kann. Lange Rede kurzer Sinn: Die Rahmenbedingungen sind geklärt. Ich glaube, wir sind jetzt heute reif dafür, darüber zu diskutieren, ob wir diesen Systemwechsel vollziehen wollen oder nicht. Ich erkläre Ihnen kurz aus meiner Sicht, wo das Problem des heutigen Systems liegt. Wir haben folgende Situation: Altersfreundliche Infrastruktur selbstverständlich, aber "not in my backyard", nicht in meinem Hinterhof, nicht in meiner Gemeinde. Mit dieser Situation werden die Leute konfrontiert, die etwas bauen wollen, die altersgerechte Infrastruktur errichten wollen, seien das Gemeinden oder Private. Es geht hier um die Rahmenbedingungen. Die aktuellen Bestimmungen in der Pflegeverordnung des Kantons Aargau fördern leider dieses Verhalten. Für Gemeinden besteht ein negativer Anreiz, Angebote zum Wohnen im Alter zu schaffen. Anders gesagt: Wer eine solche Infrastruktur schafft, wird mit überproportional hohen Pflegerestkosten bestraft. Sie wissen, dass Angebote zum Wohnen im Alter häufig einen Zwischenstopp auf dem Weg in eine stationäre Pflegeeinrichtung darstellen. Nehmen die Bewohner dann Pflegedienstleistungen nicht von Anfang an in Anspruch, so muss die Standortgemeinde bei einem späteren Eintritt in eine stationäre Pflegeeinrichtung eben die Restkosten bezahlen. Um das zu veranschaulichen ein Beispiel: Herr A zieht nach seiner Pensionierung von der Gemeinde Jungbrunn in die Gemeinde Silbernest, weil es

dort viele tolle Alterswohnungen hat. Das machen auch andere Seniorinnen und Senioren von Jungbrunn und ziehen dutzendweise nach Silbernest. Wenn diese Senioren nun nach einigen Jahren Pflege benötigen und schliesslich in eine stationäre Pflegeeinrichtung einziehen müssen, zahlt dann eben die neue Gemeinde, die Gemeinde Silbernest in unserem Beispiel, die Pflegerestkosten. Man wird also dafür bestraft, wenn man eine altersgerechte Infrastruktur bereitstellt. Meine Kolleginnen und Kollegen, da sind wir uns hoffentlich einig, das kann es eigentlich nicht sein. Nun, unsere Motion löst dieses Problem mit der Aufteilung der gesamten Pflegerestkosten im Kanton nach Massgabe der Einwohnerzahl auf die Gemeinden, damit verschwindet dieser negative Anreiz. Wir werden in Zukunft wahrscheinlich um jedes einzelne seniorenrechtliche Angebot in diesem Kanton froh sein. Wenn ich mit den Leuten diskutiere, bin ich mir jeweils nicht sicher, ob wirklich allen bewusst ist, wie unsere Demografie aussieht und wie die Altersverteilung im Kanton Aargau und in der Schweiz in zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme richtig schreibt, ändert sich mit dieser Motion nichts an der Gesamtsumme der Restkosten, lediglich die Verteilung auf die Gemeinden verändert sich. Ein weiterer dankbarer Nebeneffekt ist die Reduktion der Bürokratie. Heute haben wir eine Clearingstelle, die alle Rechnungen aufwendig prüft. Das muss sie selbstverständlich weiterhin tun, aber die Verrechnung der Pflegerestkosten an die Gemeinden wird definitiv einfacher. Ich fasse zusammen: Die vorgeschlagene Lösung ist fair, einfach und eliminiert einen Fehlanreiz. Ich freue mich, wenn Sie der Überweisung dieser Motion zustimmen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion sieht das auch so. Eine Minderheit – das ist in einer liberalen Partei ja möglich – folgt der Argumentation des Regierungsrats.

#### *Diskussion*

*Hans-Peter Budmiger, GLP, Muri:* Die GLP wird diesen Vorstoss ebenfalls unterstützen. Für einmal bin ich zu 100 Prozent mit meinem Vorredner, Grossrat Dr. Tobias Hottiger, einig. Die Antwort des Regierungsrats ist doch sehr erstaunlich. Neben einigen allgemeinen Erklärungen – um nicht zu sagen "bla bla" – geht er auf zwei Punkte ganz kurz ein. Zum einen sagt er, bei einem möglichen Systemwechsel seien die Gemeinden mit wenig pflegebedürftigen Personen benachteiligt. Punkt. Es kommt nichts mehr. Wer jetzt noch etwas erwartet: Das Argument ist so fertig. Was er im Umkehrschluss natürlich auch sagt: Beim jetzigen System sind ja genau die anderen Gemeinden negativ betroffen. Das ist der eine Punkt, auf den der Regierungsrat mit einem Satz eingeht. Beim zweiten Punkt sagt er, dass Gemeinden in einem neuen System nicht interessiert wären, in ambulante Strukturen zu investieren oder ambulante Strukturen zu fördern. Diese Aussage ist falsch, um nicht zu sagen "am falschesten", aber das kann man ja nicht sagen. Diese Aussage ist komplett falsch, denn es ist klar, dass Gemeinden, die in der Alterspolitik, in der Altersarbeit einen guten Job machen und für ältere Menschen – in der Gestaltung des Lebens, in der Unterstützung, in ambulanten Strukturen und in altersgerechten Wohnformen – attraktiv sind, mehr ältere Personen beherbergen werden. Das ist sonnenklar. Dazu gehören auch ambulante Strukturen. Das ist gut für unsere Bevölkerung. Das ist gut für die älteren Menschen, denn diese bereichern ja unsere Gesellschaft und unser Leben, aber es ist – ganz ehrlich – schlecht fürs Portemonnaie der Gemeinden. Deswegen ist diese Aussage falsch, denn diese Personen werden früher oder später pflegebedürftig und dann fallen Restkosten für die Gemeinden an. Folglich werden Gemeinden mit guten ambulanten Strukturen überdurchschnittlich an diesen Pflegerestkosten partizipieren. Deshalb ist eine Aufteilung nach Einwohnern nicht nur fair und unbürokratisch, sondern es fördert indirekt eben auch Gemeinden, die attraktiv sind für unsere Seniorinnen und Senioren, was ich persönlich sehr begrüsse, was ich im Namen der Pro Senectute sehr begrüsse und was ich im Namen der GLP absolut begrüsse und unterstütze. Zusammenfassend kann ich sagen: Weniger Bürokratie, Kosten so aufteilen, wie wir sie beeinflussen können und attraktiv sein für Senioren. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss mit uns zusammen zu überweisen.

*Werner Scherer, SVP, Killwangen:* Ich kann es vorwegnehmen: Die Fraktion SVP folgt dem Regierungsrat und lehnt die Motion ab. Die Finanzierung der Restkosten in der stationären Langzeitpflege

ist ein wichtiges und absolut präsent Thema. Auf keinen Fall darf mit der Anpassung der rechtlichen Grundlagen die Förderung der ambulanten Strukturen geschwächt werden. Das wäre ein absolutes No-Go. Jedoch sehen wir nicht ein, warum nun eine fast identische Motion, wie die bereits im März 2022 eingereicht Motion, erneut vorgelegt wird, denn diese Motion wurde zwischenzeitlich im Rahmen der Beratung der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) 2030 abgeschrieben. Auch die erwähnten negativen Anreize wurden bereits in einem Postulat der CVP-Fraktion – heutig Mitte-Fraktion – im Jahr 2017 aufgenommen und im Rahmen der Umsetzung der GGpl 2030 beziehungsweise des revidierten Pflegegesetzes gelöst. Ist es nun wirklich nötig, nochmals eine fast identische Motion mit bereits behandelten Punkten vorzulegen und so Zeit und Ressourcen zu belegen und unnötige Kosten zu generieren? Zu erwähnen ist aber, dass durch die Verteilung der Pflegerestkosten nach Einwohnerzahl – das wurde vorhin erwähnt – Gemeinden mit vielen Einwohnern, aber wenigen Pflegebedürftigen überdurchschnittlich belastet würden, was nicht zielführend ist. Fazit: Mit der Umsetzung der GGpl 2030 werden die Finanzströme überprüft und auch die negativen Anreize der Bestimmung zur Restkostenfinanzierung sind darin aufgenommen und im revidierten Pflegegesetz gelöst. Zudem hat zwischenzeitlich die Schweizer Stimmbevölkerung die Vorlage der einheitlichen Finanzierung ambulant und stationär (EFAS) angenommen, was die Abgeltung der Leistung im Pflegebereich zukünftig auf Bundesebene verändern wird. So halten wir gern nochmals fest: Im Rahmen der Umsetzung der GGpl 2030 werden die Finanzströme als Ganzes überprüft und das Pflegegesetz wird entsprechend überarbeitet. Aufgrund dessen lehnt die Fraktion SVP die Motion ab und folgt der Empfehlung des Regierungsrats.

*Dr. Lucia Engeli, SP, Unterentfelden:* Vieles wurde schon gesagt. Klar ist, dass alle Angebote, welche selbstständiges Wohnen im Alter ausserhalb der stationären Einrichtungen ermöglichen, im Moment mit einem negativen Anreiz behaftet sind. Die Behauptung, dass es nachher mit diesem Systemwechsel unattraktiv würde, ist meiner Ansicht nach ebenfalls falsch. Es ist heute für eine Gemeinde nicht attraktiv, solche barrierefreien Wohnungen zu bauen oder sich um Betreuungsstrukturen zu bemühen, denn hier gilt aktuell der Grundsatz "den Zweitletzten beißen die Hunde" – eine komische Regel. Gerade jetzt sind wir aber darauf angewiesen, dass die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins Alter kommen, individuellere Lösungen finden. Eigentlich haben wir Glück: Ambulant vor stationär ist ein Grundsatz, der den meisten Menschen dieser Generationen aus dem Herzen spricht. Sie wollen meistens nicht in ein stationäres Setting, darüber müssten wir froh sein und sofort alle Fehlanreize aus dem Weg räumen. Ein anderer Plan wäre, in Windeseile viele stationäre Pflegebetten aufzustocken und bereit zu sein für all jene, die zwar eigentlich in eine Alterswohnung wollen würden, aber mangels Alternativen ein stationäres Setting brauchen. Das sollte wirklich nicht unser Plan sein. Unterstützen wir also doch diese hier vorliegende schlanke Variante des altersgerechten Wohnens und räumen diesen Fehlanreiz weg. Die SP unterstützt daher das Festhalten an der Motion.

*Dr. Severin Lüscher, Grüne, Schöftland:* Ich kann es kurz machen: Grossrat Dr. Tobias Hottiger hat die Vorlage sehr akkurat vertreten. Ich schliesse mich auch Grossrat Hans-Peter Budmiger zu 100 Prozent an. Die Befürchtungen, die schon der Regierungsrat auftischte und wir jetzt von der SVP gehört haben, teile ich in keinsten Weise. Es gibt überhaupt keinen Grund, zu befürchten, dass die ambulanten Strukturen, die es für älter werdende Menschen selbstverständlich auch braucht, dann irgendwie nicht aufgebaut werden. Gemeinden, die Standorte von Alterszentren sind und wo dadurch mehr älteren Leute wohnen – zum Beispiel Schöftland, wo die älteren Menschen aus den Tälern hinkommen, weil es die bessere Infrastruktur als die Dörfer in den Tälern hat –, werden dann bestraft. Die quasi Sozialisierung dieser Kosten – ja, das ist für die SVP vielleicht etwas schwierig – schafft mehr Gerechtigkeit, bessere Anreize und auch in Bezug auf die Zukunft eine nachhaltigere Lösung. Ich lade Sie ein, diesen Vorstoss zu unterstützen.

*Karin Faes, FDP, Schöftland:* Ich spreche heute als Repla-Präsidentin (Repla = Regionalplanungsverband) zu Ihnen. Sie haben mir diesen Sommer via GGpl (Gesundheitspolitische Gesamtplanung) den indirekten Auftrag erteilt – wie allen anderen Replas –, dieses Langzeitpflegebetten-Monitoring

so zu gestalten, dass wir das mit Versorgungsregionen auffangen können. Jetzt muss ich Ihnen ganz klar sagen: Diesen Auftrag kann ich unter den jetzigen Gegebenheiten nicht erfüllen. Unsere Gemeinden sagen ganz klar: Sie bauen keine altersgerechten Strukturen auf, solange sie Gefahr laufen, am Schluss auf diesen Restkosten der Pflegeheime sitzen zu bleiben. Und das sagen alle Gemeinden durch das Band, egal, ob klein oder gross, ob sie selbst ein Altersheim über eine AG (Aktiengesellschaft) besitzen oder nicht. Die Grundidee, dass ältere Menschen mit Unterstützung der Spitex und anderen Dienstleistern möglichst lange zu Hause bleiben oder in einer altersgerechten Wohneinheit leben können und dann erst ganz kurz vor dem Lebensende in die Pflegeinstitution wechseln, ist richtig und gut. Ich habe keine bessere. Aber heute wechseln die Menschen nicht erst kurz bevor sie sterben in ein Altersheim und bleiben da noch einige Monate. Heute wechseln sie nach der Pensionierung in eine Wohneinheit in einer Gemeinde, die diese Strukturen anbietet. Deshalb funktioniert dieser Schlüssel von früher nicht mehr. Die Menschen bleiben nicht alle in ihren eigenen Häusern und an ihrem Wohnort. Sie ziehen dorthin, wo die Grundversorgung – auch die ärztliche Grundversorgung – gewährleistet ist. Egal, wie viel Steuern sie bezahlen, wenn eine Person pro Jahr der Gemeinde bis zu 50'000 Franken Pflegerestkosten überlässt: So viel Steuern kann niemand zahlen. Und wenn jemand so vermögend ist, löst er im Anschluss keine solchen Pflegerestkosten aus. Das heisst, wir können das Problem so, wie es jetzt ist, nicht lösen. Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen, damit wir in diesem Thema vorankommen, denn die Zeit läuft uns davon. Schon jetzt fehlen Langzeitpflegeplätze und Übergangspflegeplätze. In einer Reha wurde mir letzte Woche mitgeteilt, dass sie Patienten, die keinen Reha-Bedarf mehr haben, über Wochen und Monate in ihren Betten behalten müssen, weil sie nicht nach Hause können und weil sie für diese Personen keinen Langzeitpflegeplatz finden. Allen Gemeinden, die sich jetzt gegen diese neue Regelung sträuben, muss ich sagen: Irgendwann wird es sie teuer zu stehen kommen, wenn wir jetzt nicht in die Planung für diese Wohneinheiten gehen und dafür sorgen, dass die Menschen länger zu Hause bleiben können. Nichts wird teurer, als wenn die Menschen dann zu lange in diesen Langzeitpflegebetten verweilen müssen.

*Andre Rotzetter, Die Mitte, Buchs:* Ich habe eigentlich gedacht, dass ich zu dem Thema nichts sage, weil ich ja Präsident der Pflegeinstitutionen der VAKA (Verein Aargauische Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen) bin. Ich möchte aber noch zwei Argumente einbringen, die noch nicht angesprochen wurden. In welche Richtung Sie dann stimmen, da enthalte ich mich letztlich. 1. Wir wissen, dass die Pflegeheime momentan eine extrem hohe Auslastung haben. Das wurde vorhin gesagt. Man darf nicht vergessen: Wenn jemand in einem Akutspital oder einer Reha ist und eine Anschlusslösung braucht, weil er oder sie nicht mehr nach Hause kann, dann brauchen Sie einen Pflegeplatz. Ein Pflegeplatz ist für eine Gemeinde langfristig gesehen etwas vom Teuersten. Dass wir Alternativen zu den Pflegeplätzen in einem Pflegeheim brauchen, ist, glaube ich, allen klar. Das ist eine Binsenweisheit. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir das hier jetzt gesagt haben: Es wird durch die demografische Entwicklung ein riesiger Druck auf die Pflegeheime und die Gemeinden zukommen. Das ist klar, das kann man nicht wegwischen. 2. Eine grosse Gemeinde kann ja eigentlich sagen: "Uns ist es eigentlich gleich. Die Anzahl der Personen in Stufe 12 bis 1, die wir in den Pflegeheimen haben, nivelliert sich über die Jahre. Uns betrifft das nicht." Aber gerade kleine Gemeinden sollten hellhörig werden. Sie können davon profitieren, dass sie eine jüngere Bevölkerung haben oder eine Bevölkerung haben, die sehr gesund ist. Das ist gut, dann haben Sie tiefe Pflegerestkosten. Aber es kann sein, dass ein einziger Fall plötzlich dafür sorgt, dass sie ihren Steuerfuss um 1, 2 oder 3 Prozent erhöhen muss. Die Frage ist: Was ist der richtige Weg in diesen Situationen? Wenn man privat solche Risiken hat, schliesst man eine Versicherung ab. Ich schlage eigentlich auch vor, dass man eine Versicherung abschliesst.

*Jean-Pierre Gallati, Regierungsrat, SVP:* Im Namen des Regierungsrats bitte ich Sie um Ablehnung der Motion. Der Kern der Argumentation ist tatsächlich derjenige, dass der Regierungsrat die Auffassung vertritt, dass mit der Verteilung dieser Kosten gemäss Bevölkerungszahl der Anreiz für die Gemeinden, ambulante Strukturen zu schaffen und zu betreiben, geschwächt würde. Das ist ja nur das Resultat einer ökonomischen Überlegung. Andersherum müsste man ja sagen: Es spielt überhaupt

keine Rolle, wer finanziert und wie man finanziert. Es ist völlig egal. So ist es ja wohl auch nicht. Es ist auch falsch, zu sagen, hier würden einzelne Gemeinden, die Angebote für Alterswohnen erstellen, bestraft. Es kann keine Rede von einer Bestrafung sein. Das ist weder gewollt noch die Absicht noch faktisch so. Nicht jeder Neuzuzüger ist eine finanzielle Belastung, weder hinsichtlich der Pflegerestkosten noch hinsichtlich der Steuerkraft. Es gibt tatsächlich auch Gemeindeammänner und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die hier die gegenteilige Meinung vertreten. Leider habe ich jetzt niemanden gehört. Immerhin ist der Gemeindeammänner-Verband offenbar neutral oder konnte sich nicht auf eine Position einigen. Ich bedaure eigentlich, dass keiner dieser Gemeindevertreter hier Stellung bezieht. Üblicherweise, wenn Einigkeit herrscht in der Gemeindelandschaft, dann äussern sich die Vertreter der aargauischen Gemeinden. Das ist hier jetzt nicht der Fall und das zeigt doch immerhin, dass nicht alle Gemeinderäte, so wie es Grossrätin Karin Faes in den Raum gestellt hat, gleicher Meinung sind. Das mag vielleicht für das obere oder untere Wynental so sein, aber sicherlich nicht für alle 197 Gemeinden in unserem Kanton. Ich vermisse in der Debatte auch ein wenig den Gedanken daran, dass wir mit dem Ziel der Motion, mit dem System, das die Motion verlangt, eine Art neues Element des Finanzausgleichs zwischen den einzelnen Gemeinden schaffen würden. Das ist offenbar gar kein Thema. Es würde mich noch interessieren, wie man sich dazu stellt. Dazu haben wir gar nichts gehört. Es wäre jetzt wirklich der falsche Moment, eine solche harte Vorgabe für die nächste Gesetzesrevision des Pflegegesetzes zu verabschieden, bevor, wie es Grossrat Werner Scherer zu Recht gesagt hat, die Überlegungen der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGPl) 2030 angewendet werden können, bevor es überhaupt irgendwelche Versorgungsregionen gibt und relativ kurz bevor EFAS (einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär) – auf Bundesebene zumindest – in Kraft tritt. Zusammengefasst bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

#### *Abstimmung*

Die Motion wird mit 80 gegen 53 Stimmen (2 Enthaltungen) an den Regierungsrat überwiesen.

### **1650 Postulat der Mitte-Fraktion (Sprecher Harry Lütolf, Wohlen) vom 2. Juli 2024 betreffend Bericht des Regierungsrats zum problematischen Temporärgeschäft im Gesundheitswesen; Rückzug**

#### [Geschäft 24.205](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 25. September 2024 beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzulehnen.

*Harry Lütolf, Die Mitte, Wohlen:* Die Mitte machte einen Bericht über das problematische Temporärgeschäft im Gesundheitswesen beliebt. Wir konnten jetzt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis nehmen. Eigentlich hat der Regierungsrat bereits einen Minibericht abgeliefert. Besten Dank für diese wertvollen Ausführungen an die Adresse des Gesundheitsdirektors. Allerdings legt dieser Minibericht seinen Fokus fast ausschliesslich auf die Frage, ob der Kanton in den Markt eingreifen darf. Das war aber nicht die einzige Stossrichtung unseres Postulats. Es sollten vor allem auch die Auswirkungen des Temporärgeschäfts beleuchtet und näher untersucht werden, was ausgeblieben ist. Klar bleibt auch, dass das Thema brisant ist und weiterhin bleibt. Es kann nicht wegdiskutiert werden. Die Spitäler und Pflegeinstitutionen bei uns im Kanton haben schon länger mit dieser Thematik zu kämpfen. Auf Temporärangestellte kann nach unserem Informationsstand nicht einfach so verzichtet werden, mindestens in den meisten Häusern dieses Kantons nicht. Es muss etwas gehen, auch weil hier mit Prämiengeldern abgerechnet wird. Immerhin bleibt der Bund in dieser Frage nicht ganz untätig. Sie wissen es: Derzeit laufen die Arbeiten an einem neuen Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege. Im Entwurf zu diesem neuen Bundesgesetz werden auch die Angestellten der Personalvermittler – auf diese geht der Regierungsrat in seinen Ausführungen speziell ein – unter dieses neue Gesetz gestellt. Wenn es denn tatsächlich vom Bundesparlament beschlos-

sen werden sollte, ist das zu begrüßen. Ich komme bereits zum Schluss: Es wird der Mitte im Grossen Rat nicht gelingen, dem Regierungsrat den geforderten Bericht gegen seinen Willen aufs Auge zu drücken, weshalb wir unser Postulat zurückziehen.

*Vorsitzende:* Das Postulat wird zurückgezogen. Das Geschäft ist erledigt.

**1651 Postulat der SP-Fraktion (Sprecher Rolf Schmid, Frick) vom 2. Juli 2024 betreffend Erstellung eines Berichtes über gezielte und sofortige Massnahmen zur Förderung der Dichte der haus- und kinderärztlichen Versorgung in den Regionen; Überweisung an den Regierungsrat und gleichzeitige Abschreibung**

[Geschäft 24.209](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 25. September 2024 erklärt sich der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und beantragt die gleichzeitige Abschreibung.

Namens der Postulantin erklärt sich Rolf Schmid, Frick, mit der gleichzeitigen Abschreibung einverstanden.

Das Postulat bleibt unbestritten. Es wird stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

**1652 Interpellation Nicole Heggli-Boder, SVP, Buttwil, vom 2. Juli 2024 betreffend Gewalt an Aargauer Spitälern; Beantwortung und Erledigung**

[Geschäft 24.208](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 23. Oktober 2024 hat der Regierungsrat die Interpellation beantwortet.

*Nicole Heggli-Boder, SVP, Buttwil:* Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten zeigen klar auf, dass Handlungsbedarf besteht und es sieht danach aus, dass aktuell vor allem Symptombekämpfung betrieben wird. Viel wichtiger aber wäre, das Übel an der Wurzel zu packen. Dort versucht man, sich herauszuwinden. Das tut man, wie so oft, mit der Floskel, dass keine Statistiken dazu vorlägen oder man dies nicht vermerken würde und so weiter. Wenn man aber direkt mit Leuten spricht, die beispielsweise auf einer Notfallstation arbeiten, erfährt man einiges mehr und so bin ich nur teilweise mit der Beantwortung zufrieden. Das KSA (Kantonsspital Aarau) gibt die Anzahl Einsatzstunden des Sicherheitspersonals pro 24 Stunden an, nachts benötigt es mehr als tagsüber. Wenn fünf Stunden für Routineeinsätze – auch die wären übrigens zu vermeiden – gerechnet werden, dazu Interventionen von drei Stunden tagsüber und vier Stunden nachts, kommt man auf eine sehr besorgniserregende Zahl. Und das soll unsere Schweiz, unser Kanton Aargau sein? Es wird angegeben, dass vor allem die Brutalität und Heftigkeit der Reaktionen stetig zunehmen. In den letzten zehn Jahren vervierfachen sich die gemeldeten Einsätze im KSB (Kantonsspital Baden) und es wird darauf hingewiesen, dass die Dunkelziffer weit höher liegt, da das Personal mehr und mehr abstumpft und vieles inzwischen nicht mehr meldet. Was vertuscht wird, aber interessant wäre, ist das Täterprofil. Man gibt an, es sei vorwiegend männlich, mehr aber auch nicht. Wenn man aber beachtet, in welchen Spitälern und Kliniken die Gewaltvorfälle am häufigsten vorkommen, wird schnell klar, dass es eher die städtischen sind und der Fakt "psychische Probleme" nicht wirklich greift, da in der PDAG (Psychiatrische Dienste Aargau) weit weniger Fälle zu verzeichnen sind. Natürlich steigen sie aber auch dort an. Wenn ich mich auf die Aussagen von Direktbetroffenen stütze, ist der Tenor klar: Es ist und bleibt ein kulturelles Problem. Man darf dies auch mal benennen und sollte sich nicht davor scheuen, dies klar auszuweisen. Mehr Geld in Sicherheitspersonal und Schulung der Mitarbeitenden zu investieren, ist leider nötig, jedoch sollte man eher dafür sorgen, dass es gar nicht erst zu solchen Vorfällen kommt. Das KSB sagt klar aus, dass fehlende Konsequenzen für ausrastende Per-

sonen ein Ärgernis sind, ebenso dass die anklagende Person ein Mitarbeiter sein muss und das Spital nicht selbst anzeigen kann. Die Hemmschwelle ist da deutlich erhöht, da die Angst vor Repressalien steigt. In beiden Punkten besteht meiner Meinung nach klar Handlungsbedarf.

*Vorsitzende:* Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. Das Geschäft ist erledigt.

**1653 Motion Lelia Hunziker, SP, Aarau (Sprecherin), Mia Jenni, SP, Obersiggenthal, Maurus Kaufmann, Grüne, Seon, Manuela Ernst, GLP, Wettingen, Michael Notter, Mitte, Niederrohrdorf, Lutz Fischer, EVP, Wettingen, vom 2. Juli 2024 betreffend sofortige Massnahmen im Bereich der Abhängigkeit von Suchtmitteln im Kanton Aargau; Ablehnung**

[Geschäft 24.221](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 25. September 2024 beantragt der Regierungsrat, die Motion abzulehnen.

*Lelia Hunziker, SP, Aarau:* Aus dem Rat und aus verschiedenen Fraktionen wurde angeregt, dass wir die Motion doch in ein Postulat abändern sollen. Wir haben das hin und her überlegt. Sowieso: Merci für das Mitdenken und das Feedback geben. Ich stelle fest: Das Thema bewegt. Wir halten jedoch an der Motion mit einer kleinen Änderung fest. Im ersten Satz wird "auf Anfang" gestrichen. Es heisst also neu: "*Der Regierungsrat wird aufgefordert, 2025 Massnahmen wie zum Beispiel (...).*" Wir halten an der Motion fest, weil: Sucht zerstört Leben, hier und jetzt. Menschen im Kanton Aargau brauchen aber heute Hilfe. Es braucht Massnahmen – Massnahmen, die schon lange anstehen. Deshalb: Mit dem Aufrechterhalten der Motion halten wir an der Dringlichkeit fest, dass der Handlungsbedarf gross ist. Die Vergangenheit hat uns gelehrt: Wenn der Handlungsbedarf gross ist, dann gibt es immer eine Lösung, wenn man will. Die vielen Gespräche, die ich geführt habe, zeigen: Ja, wir wollen. Es gibt Momente in der Politik, in denen geht es darum, gemeinsam Lösungen zu finden, vor allem, wenn es um Menschen geht, Menschen, die Hilfe brauchen, Menschen, deren Leben von unserer Entscheidung abhängen. Heute ist ein solcher Moment. Seit den 1980er Jahren steht der Kanton Aargau vor Herausforderungen in der Drogenpolitik. Während Zürich in den Zeiten des Platzspitzes und danach gehandelt hat, blieb der Kanton Aargau zurückhaltend. In Zürich wurden Konsumräume und bedürfnisgerechte Angebote geschaffen, die nicht nur das Leid der suchtkranken Menschen linderten, sondern auch die öffentliche Sicherheit verbesserten. Der Kanton Aargau hingegen setzte lange Zeit weiter auf Repression, während notwendige Massnahmen zur Schadensminderung kaum angesetzt wurden. Suchtkranke mussten in andere Kantone ausweichen, um Unterstützung zu erhalten. Die Lehren aus dieser Zeit sind eindeutig: Zögern verschärft die Problematik. Heute sind wir wieder gleich weit. Angebote in umliegenden Kantonen weisen Personen aus dem Kanton Aargau ab. Nun will der Regierungsrat mit der Erarbeitung der kantonalen Suchtstrategie bis Mitte 2025 warten und Massnahmen für die Strukturen, die Koordination und die Zusammenarbeit erst dann definieren. Der Ausbau der Suchthilfe zeigt, dass das Thema endlich eine höhere Priorität hat. Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Verwaltung, Gemeinden und der Suchthilfe im August 2024 haben wichtige Grundlage für die Suchtstrategie geliefert. Ein weiterer Workshop folgte im November 2024. Das sind Schritte in die richtige Richtung, aber es braucht jetzt konkrete Taten. Der Regierungsrat erwähnt, dass vielversprechende Ansätze in Versuchsprojekten erprobt werden können. Warum also warten? Diese Versuchsprojekte müssen bereits 2025 starten und vom Kanton finanziert und vor allem auch koordiniert werden. Massnahmen wie Konsumräume, Beratungs-, Pflege- und Betreuungsangebote verbessern den Gesundheitszustand und vor allem auch die Würde der Suchtkranken, reduzieren die Beschaffungskriminalität und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Gemeinden wie Brugg, Windisch, Aarau, Baden und Lenzburg haben ihre Verantwortung erkannt und planen Lösungen. Es liegt nun am Kanton, diesen Gemeinden den Rücken zu stärken und die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Eine Ablehnung dieser

Motion bedeutet Stillstand, Stillstand bedeutet Leid. Aber eine Annahme bedeutet Hoffnung, Hoffnung für die Betroffenen, für ihre Familien und für einen Kanton Aargau, der zeigt: "Wir sehen euch, wir helfen euch, wir lassen euch nicht allein." Lassen Sie uns gemeinsam mutig sein. Lassen Sie uns diese Motion annehmen für einen menschlichen, zukunftsfähigen und solidarischen Kanton Aargau. Für einen Kanton Aargau, der handelt, für einen Kanton Aargau, der seine Schwächsten schützt.

### *Diskussion*

*Dr. Tobias Hottiger, FDP, Zofingen:* Die FDP-Fraktion anerkennt den Handlungsbedarf im Bereich Schadensminderung. Das ist ja eine der vier bewährten Säulen der Suchtpolitik. Hier haben wir im Kanton Aargau definitiv Nachholbedarf. Drogen-Hotspots sind für die Bevölkerung belastend und sie beeinträchtigen auch die Sicherheit, beispielsweise an Bahnhöfen. Die FDP des Bezirks Brugg hat bereits vor einigen Monaten eine Petition zur Drogenszene in Brugg-Windisch ins Leben gerufen und entsprechende Massnahmen gefordert. Die Petition wurde von diversen Personen unterzeichnet. Ich bin absolut einig mit Grossrätin Lelia Hunziker: Es braucht Massnahmen. Nur: Die Motion scheint mir nicht sehr durchdacht und hat nach meiner Auffassung handwerklich schon ein paar Mängel, auch jetzt mit dem neuen Text. Es steckt sicher eine redliche Absicht dahinter, aber wenn man den Text anschaut – und darüber diskutieren wir ja letzten Endes –, dann ist es einfach kaum umsetzbar. Ein Postulat hätte hier wirklich mehr Spielraum gelassen, aber die Motionärinnen und Motionäre möchten festhalten, darum reden wir gar nicht über diese Möglichkeit. Wenn Sie sich den Text anschauen – der muss bei einer Motion wortgetreu umgesetzt werden –, werden diverse Massnahmen gefordert. Wir haben Kontakt-, Konsumations- und Anlaufstellen, die man schaffen soll, Koordination und Unterstützung der kommunalen Angebote, aufsuchende Beratung, inklusiv niederschwellige Gesundheitsversorgung, Gassenküchen und Notschlafstellen. Das alles soll innerhalb eines Jahres geschehen. Wie Sie sich wahrscheinlich erinnern, haben wir im AFP (Aufgaben- und Finanzplan) für 2025 dafür keine Mittel eingestellt und gesprochen, weder Geld noch personelle Ressourcen. Zudem fehlen vielleicht für die eine oder andere Aufgabe auch die rechtlichen Grundlagen. Da müssen wir, glaube ich, schon ehrlich sein. Wenn Sie an dieser Motion festhalten und wir diese überweisen würden, bin ich mir nicht sicher, ob das überhaupt irgendwie umsetzbar wäre. Ich glaube, wir sind uns ja alle einig: Wir wollen wirklich etwas Handfestes machen und nicht Symbolpolitik betreiben. Meines Wissens besteht auch bereits eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Gemeinden, Kanton und PDAG (Psychiatrische Dienste Aargau). Vielleicht kann der Gesundheitsdirektor dann nachher noch etwas mehr dazu sagen, auch zum Stand dieser Arbeiten. Sie kennen das Gesundheitsgesetz (GesG). Dort haben wir § 39a, welcher eine Lösung bietet, nämlich Pilotprojekte. Dazu braucht es keine zusätzliche rechtliche Grundlage. Es ist schnell realisierbar und das Gute daran ist, dass die Mittel bereits budgetiert sind. Mir ist klar, dass die Politik keinen Auftrag dazu erteilen kann, aber die Betroffenen – also die Gemeinden, Vereine oder Trägerorganisationen – können einen Antrag stellen. So, wie ich das DGS (Departement Gesundheit und Soziales) kenne, werden die zuständigen Personen dort diesen bestimmt auch wohlwollend prüfen. Das wäre meiner Meinung nach der Königsweg, den wir beschreiten müssen, denn wir sind uns einig, dass wir etwas tun müssen. Aber ich glaube, wenn wir jetzt einfach ein Zeichen setzen oder einfach irgendetwas machen, dann ist das nicht nachhaltig. Wir sollten also überlegt und weitsichtig handeln. Symbolpolitik nützt wirklich niemandem, auch den Suchtkranken nicht. Darum wird die FDP die Überweisung der Motion nicht unterstützen.

*Manuela Ernst, GLP, Wettingen:* Es scheint mir, dass der Regierungsrat die akute Problematik erkennt, obschon er bei der Entgegennahme der Motion [24.171](#) vor drei Wochen betreffend Sicherheit im öffentlichen Raum noch Folgendes schrieb: "*Betäubungsmittelhandel im öffentlichen Raum findet rege statt. Problemzonen entstanden insbesondere an den Bahnhöfen Aarau, Baden und Brugg.*" Es ist eigentlich ziemlich einfach: Wo gedealt wird, wird auch konsumiert. Wer sich einmal um 9 Uhr morgens am Bahnhof in Aarau oder Baden aufhält, kann das Elend gut sehen. Der grosse Ansturm an Pendelnden ist durch, zurück bleiben an vielen Ecken zugehörnte Konsumierende. Auch trifft man nun zu jeder Tageszeit Süchtige im Zug an, die von oder nach Brugg oder auch Baden pendeln, um Stoff zu besorgen. Vor rund zwei Wochen bin ich am frühen Morgen am Bahnhof Aarau bei einer

Schlägerei schlichtend dazwischen gegangen. Ja, das war vielleicht etwas naiv und gefährlich, zumal ich erst als ich dazwischenstand, die riesigen Pupillen sah und mir klar wurde, dass einer der Beteiligten berauscht war. Ich hatte Glück, habe keine Faust abgekriegt und die Streithähne auseinandergebracht. Aber es verdeutlichte mir, dass Polizeipräsenz allein eben nicht reicht, zumal sie in diesem Fall ja effektiv nicht vor Ort war. Fast alle hier im Saal kennen die Bilder aus den 1990er-Jahren vom Platzspitz und Letten. Eine Zeit, in der man öffentliche Toiletten mied, weil man nicht wusste, welches Szenario man antrifft. Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, aber genau diese 1990er-Jahre haben die Schweizer Drogenpolitik massgeblich geprägt. Unser Vier-Säulen-Prinzip – Repression, Schadensminderung, Therapie und Prävention – wird weltweit als vorbildlich angesehen. Setzen wir diese um, nicht nur Repression, sondern mit dieser Motion eben auch die Schadensminderung. Heute hat im Raum gestanden, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird. Aber geschätzte Anwesende, was nützt denn einem Süchtigen ein weiterer Papiertiger? Wenn wir wollen, können wir schnell handeln. Setzen wir das Vier-Säulen-Prinzip um, aber eben nicht nur mit den eingangs erwähnten Sicherheitsvorkehrungen, sondern auch bei der Schadensminderung. Bitte tun Sie es der GLP gleich und unterstützen Sie die Motion.

*Daniel Erich Aebi, SVP, Birmenstorf:* Was will man mit der Motion? Dem Regierungsrat vorgreifen und etwas aufdiktieren, obwohl es 2025 einen Bericht geben soll. So nicht. Die Motionäre führen das Beispiel Stadt Zürich an. Die Stadt Zürich ist nicht vergleichbar mit dem Kanton Aargau. Glauben Sie mir, ich kenne das Problem von Zürich. Ich bin dort aufgewachsen, wo die Drogenszene war. Der Kanton Aargau hat viele kleine, mittlere Städte und kleine, mittlere, grosse Gemeinden. Das kann man nicht mit Zürich vergleichen und so schnell umsetzen. Das geht leider nicht. In unseren Augen tut der Regierungsrat im Moment genug. Notschlafstelle Baden, betreutes Wohnen Effingerhort und so weiter. Es gibt etliche Sachen, die bereits umgesetzt sind, z.B. Anlaufstellen. Auch in der Stadt Baden gibt es eine Anlaufstelle. Im Weiteren ist im DGS (Departement Gesundheit und Soziales) eine Abklärung am Laufen, was man machen kann. Warten wir doch ab, was das bringt und sehen dann, was wir machen können. Im Weiteren fehlen auch noch die gesetzlichen Grundlagen. Seit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) auf Bundesebene vor 13 Jahren haben wir es hier im Kanton Aargau nicht geändert. Also auch das müssen wir noch ändern. Auch in der GGpl (Gesundheitspolitische Gesamtplanung) wurde das besprochen. Dort sind wir am Arbeiten. Das kommt alles, also greifen wir bitte nicht vor. Die SVP lehnt die Motion ab und folgt dem Regierungsrat.

*Andre Rotzetter, Die Mitte, Buchs:* Die Motion wurde zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort mit dem richtigen Anliegen platziert. Nun ist aber inzwischen ein bisschen Wasser den Rhein, die Aare und die anderen Flüsse hinuntergeflossen und deshalb muss man es jetzt auch aus der neuen Situation betrachten. Die Mitte steht nach wie vor hinter dem Vier-Säulen-Prinzip in der Drogenpolitik und wird sich auch entsprechend einbringen. Die Motion hat aber aus unserer Sicht ein bisschen verpasst, die Entwicklung zu realisieren. Inzwischen sind Arbeitsgruppen eingesetzt und Gemeinden arbeiten sehr eng an den konkreten Umsetzungen. Es geht hier jetzt nicht mehr nur um die Theorie, sondern es geht um die praktische Umsetzung. Dort ist man schon ein bisschen weiter, als man eigentlich hier meint. Mindestens das habe ich aus den Rückmeldungen der Gemeinden, die in diesen Arbeitsgruppen mitarbeiten, gehört. Wenn wir jetzt diese Motion überweisen, was passiert dann? Dann gehen wir wieder auf Feld 1 zurück und warten mal ab, was der Regierungsrat und die Verwaltung machen und die Arbeitsgruppe schläft. Das kann nicht sein. Wir müssen jetzt schnell handeln können und das können wir nur, indem die Arbeitsgruppen ihren Job jetzt machen. Es kann auch sein, dass in den nächsten zwei, drei Jahren die Probleme plötzlich nicht mehr nur in Baden, Aarau oder Brugg sind, sondern es könnte auch beispielsweise Wohlen betreffen. Wir brauchen ein Konzept, das wirklich Antworten gibt zu diesem Thema, basierend auf dem Vier-Säulen-Prinzip. Aber die konkrete Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden muss funktionieren und die Arbeitsgruppen müssen arbeiten. Wichtig ist auch das Versprechen, das in der Antwort steht, dass nämlich der Kanton mitfinanziert. Der Kanton soll in Pflicht genommen werden. Dann gehen wir wirklich schnell voran. Die Motion wird uns nur abbremsen. Deshalb wird die Mitte die Motion ablehnen.

*Maurus Kaufmann, Grüne, Seon:* Massnahmen im Bereich der Schadensminderung stellen erwiesenermassen sinnvolle Investitionen dar und tragen nebst der Verbesserung des Lebens der Suchtbetroffenen auch zur Entlastung des öffentlichen Raumes bei. Auf Bundesebene wurde dies bereits vor vielen Jahren erkannt und so wurde die Schadensminderung 2008 im Betäubungsmittelgesetz (BetmG) verankert. Im Kanton Aargau wurden Massnahmen der Schadensminderungen bisher leider jedoch zu sehr vernachlässigt, obwohl sie auch hier überaus sinnvoll wären, wie zum Beispiel der in diesem Jahr publizierte Bericht "Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderungen Brugg" darlegt, der im Übrigen durch den Kanton Aargau finanziert wurde. Da der Kanton einen solchen Bericht finanziert hat und aufgrund seiner Antwort auf die Motion, scheint auch der Regierungsrat die Wichtigkeit der Schadensminderung erkannt zu haben. Trotzdem lehnt er die Motion ab und begründet dies insbesondere damit, dass einerseits die rechtliche Grundlage fehle und dass andererseits das von der Motion gesetzte zeitliche Ziel zu kurzfristig sei. Die Bedenken des Regierungsrats bezüglich gesetzlicher Grundlagen teilen wir Grüne nicht. Es bestehen bereits mit den bestehenden Gesetzen rechtliche Grundlagen für verschiedenste schadensmindernde Massnahmen. So kann zum Beispiel durch Konsumräume unter anderem der Schutz Dritter vor gesundheitsschädigenden Auswirkungen des Suchtmittelkonsums gewährleistet werden, wofür mit § 36 Abs. 1 lit. c des Gesundheitsgesetzes (GesG) bereits eine gesetzliche Grundlage besteht. Darüber hinaus eröffnet insbesondere §39a GesG die Möglichkeit von Pilotprojekten. Im Rahmen dieser darf für eine befristete Zeit von kantonalen Bestimmungen abgewichen werden, solange wir uns im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben befinden. Die Kritik des Regierungsrats an der kurzen Frist gemäss ursprünglichem Motionstext können wir hingegen durchaus nachvollziehen. Nach dem heutigen Beschluss noch rasch über die Festtage etwas auf die Beine zu stellen, wäre in der Tat eine etwas verwegene Forderung. Entsprechend wurde nun der Motionstext angepasst und die Frist gelockert. Bezüglich der umzusetzenden Massnahmen möchte ich noch darauf hinweisen, dass es sich um eine beispielhafte Aufzählung handelt. Es heisst "zum Beispiel" und dann folgen die Massnahmen, das heisst, es müssen nicht alle umgesetzt werden. Somit wird dem Regierungsrat bei der Umsetzung ein ordentlicher Spielraum eingeräumt. Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, Sie sehen, dass die Motion in der angepassten Form umsetzbar ist und einen grossen Mehrwert mit sich bringt. Stimmen Sie also zusammen mit der Fraktion der Grünen für die Überweisung der Motion.

*Lutz Fischer, EVP, Wettingen:* Lieber Grossrat Daniel Erich Aebi: Sie waren mein Feuerwehrkommandant. Wir waren uns einig: Wenn es brennt, dann rücken wir aus und löschen. Ich denke, es brennt auch bei der Drogenpolitik. Die Grossrätinnen Manuela Ernst und Lelia Hunziker haben es eindrücklich geschildert. Wir müssen handeln, und zwar so schnell wie möglich. Nicht irgendwann mal, wenn wir fertig diskutiert haben, sondern jetzt. Ich denke, wir sind gegenüber der Bevölkerung in der Pflicht und auch gegenüber den Süchtigen. Von daher bitte ich Sie alle, die Motion anzunehmen.

*Luzia Capanni, SP, Windisch:* Ich bin erstaunt darüber, wie genau der Text gelesen wird. Es ist tatsächlich so, dass die Motion fordert: "Massnahmen wie zum Beispiel (...)." Darin sind schadensmindernde Massnahmen wie auch Massnahmen enthalten, die direkt der Not dienen. Genau diese Empfehlungen sind vom Bericht für den Raum Brugg-Windisch, welcher seit September vorliegt und vom DGS (Departement Gesundheit und Soziales) bezahlt wurde, abgeleitet. Das gleiche sagt eigentlich derselbe Bericht aus dem Jahr 2021, der auch schon vorliegt. Ein Postulat wäre ein weiterer Bericht, weiteres Papier, das produziert würde. Zwischenzeitlich – das wurde richtig gesagt – ist man ein bisschen weiter. Es ist so und das ist auch in der Antwort auf diese Motion ersichtlich, dass sich bewährende Massnahmen geprüft werden. Dafür braucht es keine Gesetzesänderung. Zum Beispiel niederschwellige Gesundheitsversorgung, Gassenküchen oder Essensabgaben sind Möglichkeiten, die jetzt kurzfristig umsetzbar sind. Ich sehe das anders als die Mitte, die sagt, dass der jetzt eingeleitete Prozess mit dieser Motion unterbrochen würde. Wer sagt das? Vielleicht kann Regierungsrat Jean-Pierre Gallati etwas dazu sagen, aber ich bin nicht sicher, ob das wirklich so ist. Ich bin ganz klar der Meinung: Eine Überweisung der Motion ist ein starkes Zeichen, damit der Regierungsrat auch weiss, dass er auf dem richtigen Weg ist, es jetzt vorwärts gehen muss und wir nicht weitere Papiere – beispielsweise durch die Überweisung als Postulat – produzieren wollen.

*Jean-Pierre Gallati, Regierungsrat, SVP:* Zur Ausgangslage: Aufgrund des bekannten Handlungsbedarfs habe ich 2023, vor Beschluss der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl), entschieden, den Beginn der Erarbeitung der Suchtstrategie vorzuziehen. Zuvor hat man Jahre lang gesagt, dass wir zuerst die GGpl abwarten und erst danach die Suchtstrategie machen. Wir haben nun versucht, die Suchtstrategie vorzuziehen oder parallel mit der GGpl zu entwickeln. Zusätzlich – ein Jahr später, im September 2024 – habe ich entschieden, den ausgewiesenen Handlungsbedarf in diesem Bereich "Schadensminderung" parallel zur Erarbeitung der Suchtstrategie mit der Schaffung von Angeboten der Schadensminderung sowie der Anpassung der rechtlichen Grundlagen – lesen Sie bitte in der Beantwortung auf Seite 3 die Ziffern 1 bis 3 – anzugehen. Die rechtlichen Grundlagen sind nicht einfach "nicht der Rede wert", die braucht es manchmal. Sie sind der Gesetzgeber. Sie wissen das besser als ich. Dann hat es den Auftrag an die Abteilung Gesundheit gegeben, rasch ein Pilotangebot der Schadensminderung für die Bewältigung des Suchtmittelkonsums im öffentlichen Raum zu beginnen, zu initiieren. Die Abteilung Gesundheit hat dann die Arbeitsgruppe Schadensminderung mit Vertretern aus den kommunalen Verwaltungen, der kantonalen Verwaltung, Organisationen der Suchthilfe und der Polizei ins Leben gerufen. Die erste Sitzung, Sie haben es gehört, fand am 11. November 2024 statt. An dieser Sitzung haben Vertreter der Suchthilfe (Beratung, Medizin, Wohnen), Sicherheitsorgane des Kantons (Kantonspolizei) und der Städte und Gemeinden, namentlich Aarau, Baden, Brugg und Windisch (Repols), der kantonalen Verwaltung (Fachstelle Sucht) und ein Fachexperte der Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Sucht (Infodrog) teilgenommen. Die Arbeitsgruppe hat sich über die Frage unterhalten, was es brauche, um die Situation des Suchtmittelkonsums im öffentlichen Raum rasch zu verbessern und hat dann ins Auge gefasst, zeitlich priorisiert folgende Massnahmen anzugehen: 1. Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsummöglichkeit schaffen. 2. Weitere Notunterkünfte – neben dem bekannten Angebot in Baden – auch in anderen grossen Gemeinden schaffen. 3. Die aufsuchende Sucht- und Sozialarbeit ausbauen. Die gleiche Arbeitsgruppe war aber unisono der Ansicht, dass die erste Massnahme – Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsummöglichkeit – wesentlich zu einer Entlastung im öffentlichen Raum beitragen würde. Gleichzeitig aber bräuchte es massive Investitionen in Infrastruktur und für die Sicherstellung des Betriebs; Massnahme und Standort wäre nicht geeignet für ein Pilotprojekt. Dazu kommt, dass die Rechtsgrundlage dafür im Kanton Aargau schlicht und ergreifend fehlt. Sie ist im Zuge der anstehenden Revision des Gesundheitsgesetzes (GesG) jedoch in Vorbereitung. Die zweite Massnahme – die mögliche Ausdehnung oder Schaffung neuer Notunterkünfte – wurde an der Sitzung vom 11. November 2024 als Massnahme mit Potenzial für die Entlastung des öffentlichen Raums genannt. Diese wurde jedoch in den darauffolgenden Gesprächen zwischen den fachlich verantwortlichen Vertretern der Städte und Gemeinden Aarau, Brugg, Windisch und der Fachstelle Sucht kritisch hinterfragt. Weder die Stadt Brugg und die Gemeinde Windisch noch die Stadt Aarau sehen hier aktuell einen substantiellen Bedarf an einer zusätzlichen Einrichtung. Die Verantwortlichen dieser genannten Gemeinden würden eher eine Gassenküche mit Aufenthaltsraum einer Notschlafstelle vorziehen. Die dritte Massnahme, die die Arbeitsgruppe ins Auge gefasst hat – aufsuchende Sucht- und Sozialarbeit – ist die einzige dieser Massnahmen, die sich schnell zur Umsetzung eignet. Der Verein Hope (Christliches Sozialwerk mit Sitz in Baden) hat ein Konzept für die mobile Gassenarbeit entwickelt und ebenfalls am 11. November 2024 der Arbeitsgruppe präsentiert. Hope würde ab Januar 2025 in einer der genannten Zentrumsgemeinden – entweder Brugg-Windisch oder Aarau – zweimal pro Woche aufsuchende Sucht- und Sozialarbeit leisten. Das kann rasch und niederschwellig geschehen und kann die Situation im öffentlichen Raum rasch verbessern. Die Stadt Brugg selbst hat eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe "Sicherheit am Bahnhof Brugg-Windisch" einberufen. Am 9. Dezember 2024 – also kürzlich – haben die Teilnehmer das Konzept von Hope weiterentwickelt und es umsetzbar gemacht. Das Angebot dieser mobilen Gassenarbeit kann in Brugg-Windisch umgesetzt werden. Dafür gibt es folgende Voraussetzungen dieser Arbeitsgruppe: Der Verein Hope macht das zwischen 1. Februar 2025 und 31. Juli 2025 in Brugg-Windisch in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, der Polizei, einem privaten Sicherheitsdienst und dem Kanton. Im Sommer 2025 wird eine Evaluation dieses Projekts, das ein kantonales Pilotprojekt sein wird, erfolgen. Wenn es eine Verbesserung im öffentlichen Raum am Bahnhof Brugg-Windisch gibt, dann wird dieses Projekt selbstverständlich verlängert.

Das Kostendach für diese Pilotphase beträgt 52'000 Franken. Die Finanzierung liegt beim Kanton. Wenn es sich bewährt und verlängert wird, werden wir eine neue, gemeinsame Finanzierung des Kantons und der Gemeinden Brugg und Windisch aushandeln müssen. Parallel zu dieser mobilen Gassenarbeit wird ein privater Sicherheitsdienst sowie die "Patrouille Gesellschaft" im ganzen Jahr 2025 im Raum Brugg-Windisch im Einsatz sein. Das wird im ganzen Jahr Kosten von 260'000 Franken verursachen, welche die Gemeinden Brugg und Windisch je hälftig tragen werden. Das DGS (Departement Gesundheit und Soziales) wird sich an diesen Kosten nicht beteiligen, der Kanton logischerweise auch nicht. Die einzige rasch umsetzbare Massnahme ist diese dritte Massnahme, die aufsuchende Gassenarbeit. Für die anderen Massnahmen fehlt entweder die rechtliche Grundlage – für die Kontakt- und Anlaufstelle – oder die betroffenen grossen Gemeinden Brugg, Windisch und Aarau wollen das nicht und stehen dieser Massnahme kritisch gegenüber. Die Finanzierung dieser 52'000 Franken seitens Kantons soll über die Reserven des Alkoholzehntels unseres Kantons erfolgen. Diese Reserven betragen per 31. Dezember 2023 2,286 Millionen Franken. Einige Mitglieder des Grossen Rats wissen das, weil sie bei der Verteilung des Alkoholzehntels persönlich involviert sind und mitarbeiten, besten Dank dafür. Die Fachstelle Sucht wird den Vorschlag der Kommission, die dieses Geld zur Verteilung vorschlägt, dem Gesundheitsdirektor demnächst im Januar zum Entscheid vorlegen. Noch einmal, ich wiederhole mich und bestätige die Bedenken verschiedenster Fraktionssprecher: Die beiden anderen vorgeschlagenen Massnahmen eignen sich nicht – entweder weil die gesetzliche Grundlage fehlt oder weil es zeitlich nicht geht. Die Motion verlangt mit dem neu formulierten Antrag (anstelle von "Anfang 2025" nur noch "2025") laut Votum von Grossrätin Lelia Hunziker faktisch etwas, das unmöglich ist. Es wäre ein unmöglicher Auftrag, ähnlich wie ihn schon heute Morgen Grossrat Dr. Bernhard Scholl dem Regierungsrat mit seiner Motion mit Blick auf Art. 37 KVG (Bundesgesetz über die Krankenversicherung) erteilen wollte. Es ist zwar erfreulich, dass Sie uns immer wieder zumuten oder zutrauen, auch unmögliche Aufträge zu erfüllen, aber auch dieser Auftrag, Grossrätin Hunziker, wäre faktisch unmöglich zu erfüllen, mit Ausnahme des aufsuchenden Angebots, das ich vorher länger umschrieben habe. Grossrat Dr. Tobias Hottiger teilt ja diese Auffassung aus finanziellen und rechtlichen Gründen. Deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

#### *Abstimmung*

Die Motion mit geändertem Text wird mit 78 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

#### **1654 Interpellation René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen (Sprecher), Miro Barp, SVP, Brugg, vom 14. Mai 2024 betreffend Asylchaos in der Schweiz und seine Auswirkungen auf den Kanton Aargau; Beantwortung und Erledigung**

##### [Geschäft 24.143](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 14. August 2024 hat der Regierungsrat die Interpellation beantwortet.

*René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen:* Im Namen der Interpellanten bedanke ich mich beim Regierungsrat sowie den an der Ausarbeitung der Antworten beteiligten Mitarbeitern für die umfassenden Antworten sowie für die aufgezeigte Faktenlage, welche ein erschreckendes Bild wiedergibt. Die hohe Volatilität bei der Anzahl der gestellten Asylgesuche, die der Regierungsrat in seiner Antwort aufführt, zeigt eindrücklich, wie rasch unsere Institutionen und die Gesellschaft in den Bereich der Überforderung rücken können, wenn eine erneute Flüchtlingswelle auf uns zurollt. Die Frage ist nicht ob, sondern wann dies der Fall sein wird. Nur schon in der Periode zwischen 2021 und 31. Mai 2024 hatten wir eine Zunahme von 126 Prozent an Asylgesuchen zu verzeichnen. Vergessen wir nicht: Dies alles belastet unsere Steuerzahler im Kanton massiv. Allein für das Gesundheitswesen (Gesundheit der Asylsuchenden) geben wir gemäss Prognose im Jahr 2024 mehr als 35 Millionen Franken aus, dies bei einem Bruttoaufwand von rund 175 Millionen Franken (in AB 515 'Betreuung Asylsuchende'). Gleichzeitig leidet ein Grossteil der arbeitenden Bevölkerung in der Schweiz unter den

stetig steigenden Krankenkassenprämien. Der Verdacht lässt sich nicht von der Hand weisen, dass gewisse Kreise in die Schweiz einreisen, um sich medizinisch rundum versorgen zu lassen und dies auf unsere Kosten. Wie lange wollen wir uns dies noch leisten? Die Bundesbehörden und der Kanton sind dringend aufgerufen, endlich zu handeln und dafür zu sorgen, dass abgewiesene Flüchtlinge unser System nicht länger belasten, sondern konsequent ausgeschafft werden, und dass Schutzsuchende mit Status S ebenfalls heimkehren, wenn dies zumutbar ist, um beim Wiederaufbau ihres Heimatlandes mitzuhelfen. Auch bei den aufgezeigten Straftaten zeichnet sich ein klares Bild ab: Hier können wir von den "Big Six" sprechen, welche die Rangliste der registrierten Straftaten klar anführen. Und wir sprechen hier nur von den registrierten Straftaten. Nebst Angehörigen aus den Maghreb-Staaten stechen Eritrea, Afghanistan, Somalia und Syrien ins Auge. Wir fordern den Kanton, aber auch die Bundesbehörden dazu auf, endlich konsequent gegen diese Straftäter vorzugehen und diese abzuschieben. In der Bevölkerung brodelt es. Nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis und handeln Sie. Mit der Beantwortung und der aufgezeigten Faktenlage erklären wir uns zufrieden.

*Vorsitzende:* Namens der Interpellanten erklärt sich René Bodmer, Unterlunkhofen, von der Antwort befriedigt. Das Geschäft ist erledigt.

**1655 Motion Colette Basler, SP, Zeihen (Sprecherin), Thomas Baumann, Grüne, Suhr, Robert Alan Müller, SVP, Freienwil, Matthias Betsche, GLP, Möriken-Wildegg, Christian Minder, EVP, Lenzburg, Gabi Lauper Richner, SP, Niederlenz, Andy Steinacher, SVP, Schupfart, Andre Rotzetter, Mitte, Buchs, Martin Brügger, SP, Brugg, Claudia Rohrer, SP, Rheinfelden, vom 23. April 2024 betreffend Verbot von Schottergärten im Kanton Aargau; Rückzug**

[Geschäft 24.132](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 19. Juni 2024 beantragt der Regierungsrat, die Motion abzulehnen.

*Colette Basler, SP, Zeihen:* Um Biodiversität und Klimakrise abzumindern und um der Natur wieder mehr Platz zu verschaffen, braucht es verschiedene Puzzleteile, damit die Massnahmen wirksam und spürbar sind und ein Ganzes ergeben. Der Regierungsrat lehnt die Motion zum Verbot von Schottergärten ab. Er weist in seiner Antwort darauf hin, dass bereits heute übergeordnete Rechtsgrundlagen vorhanden seien für die Umsetzung von ökologischen, hochwertigen, klimaangepassten und nutzerfreundlichen Freiräumen in der Siedlung. Ebenfalls betont er, dass es den Gemeinden im Rahmen der Gemeindeautonomie obliege, die bereits bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um begrünte und nutzerfreundliche Freiräume einzufordern und allfällige neue Vorgaben im kommunalen Recht zu schaffen. Es brauche eine integrale Sichtweise und dort würde auch die Thematik der Schottergärten behandelt. Für uns Motionärinnen und Motionäre haben diese Ausführungen zu wenig Fleisch am Knochen. Sie sind genauso mager wie die Biodiversität in einem Schottergarten. Schottergärten schaden dem Mikroklima und der Artenvielfalt. Wir finden dort Kieselsteine und Schotter statt blühender Sträucher und Stauden. Solche Gärten mögen aufwandsarm sein und man mag sie schick finden, die Steinwüsten sind jedoch mancherorts ein schlimmer Trend. Durch die Versiegelung können keine Pflanzen mehr wachsen, Insekten und Vögeln fehlt es an Nahrung. Schottergärten erhitzen sich im Sommer auf über 50 Grad. Stefan Petzold vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) spricht sogar von bis zu 70 Grad. Die Steine speichern diese Hitze auch über Nacht und entsprechend ist dann die Umgebungsluft auch deutlich heisser. Das Mikroklima verändert sich bis in die Nachbarschaft hinein. Zudem sind diese Gärten des Grauens nur vermeintlich aufwandsärmer. Im Laufe der Zeit lagern sich Staub und Dreck ab, auf diesen Nährböden können durch Vögel oder Wind verbreitete Samen keimen und nach wenigen Jahren wächst auch in Schottergärten das Unkraut. Die Pflege wird aufwendig, vor allem wenn man auf Gift verzichten will, welches notabene in Schottergärten so oder so verboten wäre. Nicht nur die Artenvielfalt leidet unter wenig grünem Lebensraum. Es gibt auch nicht zu unterschätzende psychosoziale Folgen. Wer in einem Umfeld von Schotter aufwächst, wird auch keinen Bezug zur natürlichen Umgebung aufbauen und wird später die Natur nicht kennenlernen. Was man nicht kennt, das schützt man nicht. Seit die Schottergärten

an Popularität gewonnen haben, werden immer mehr kritische Stimmen dagegen laut. Schon im Februar 2017 wies eine Studie der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz darauf hin, dass Verschotterung Grünflächen zum Verschwinden bringt. Ich zitiere: *"Schottergärten führen zu zusätzlichem Abwasser, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, negativen Auswirkungen auf das Mikroklima und ästhetisch wertlosen Flächen in der Siedlungslandschaft."* Im Kanton Solothurn sind Schottergärten seit 2024 verboten, in Baden-Württemberg seit 2020. Für ein Puzzle braucht es alle Teile. Wald und Landwirtschaft leisten einen grossen Beitrag zur Hitzeminderung und zur Biodiversitätsförderung. Das Siedlungsgebiet hat diesbezüglich noch Potenzial. Dem Fortschreiten versiegelter Böden muss zwingend Einhalt geboten werden. Allein an die Vernunft und die Selbstverantwortung zu appellieren, reicht nicht. Uns Motionärinnen und Motionären ist es ein grosses Anliegen, artenreiche Gärten und farbige Blumenwiesen im Siedlungsgebiet zu sehen und keine Beton- oder Steinwüsten. Wir werden für unsere Motion heute keine Mehrheit finden und ziehen sie deshalb zurück. Weil uns das Thema aber am Herzen liegt und wir keinesfalls wollen, dass es für die nächsten Jahrzehnte in der Schublade verschwindet – wie zum Beispiel das Mediengesetz –, werden wir im Januar ein Postulat mit derselben Thematik und mit hoffentlich mehr Chancen auf Erfolg einreichen. Um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können, braucht es ein ganzes Puzzle. Das Verschwinden von Schottergärten und versiegelten Flächen ist ein Teil davon.

*Vorsitzende:* Die Motion wurde zurückgezogen. Das Geschäft ist erledigt.

**1656 Postulat Walter Stierli, SVP, Fischbach-Göslikon (Sprecher), Mario Gratwohl, SVP, Niederwil, Christoph Hagenbuch, SVP, Oberlunkhofen, René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen, Roland Büchi, SVP, Wohlen, Roland Vogt, SVP, Wohlen, vom 14. Mai 2024 betreffend Anpassung Jagdverordnung «Ordnungsbusse bei Verletzung der Leinenpflicht»; Überweisung an den Regierungsrat**

[Geschäft 24.150](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 14. August 2024 erklärt sich der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Das Postulat bleibt unbestritten. Es wird stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen.

**1657 Interpellation der Fraktion der Grünen (Sprecher Jonas Fricker, Baden) vom 11. Juni 2024 betreffend Bedeutung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Klage der KlimaSeniorinnen für den Kanton Aargau; Beantwortung und Erledigung**

[Geschäft 24.164](#)

*Vorsitzende:* Mit Datum vom 11. September 2024 hat der Regierungsrat die Interpellation beantwortet.

*Jonas Fricker, Grüne, Baden:* Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 9. April 2024 eine Klage der KlimaSeniorinnen gutgeheissen. Das Gericht legt das Recht auf wirksamen Schutz durch den Staat gegen die Folgen des Klimawandels für das Leben, die Gesundheit, das Wohlergehen und die Lebensqualität dar. Die Schweiz wurde ihren diesbezüglichen Pflichten nicht gerecht. Die Kommissionen des eidgenössischen Parlaments und der Bundesrat haben sich mit dem Urteil beschäftigt. Über das Resultat sind die Grünen sehr enttäuscht. Wir fordern den Bundesrat und das Parlament auf, dass sie endlich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz nachkommen. Aber statt vorwärtszumachen – wir haben es diese Woche gehört –, wird aktuell im Klimaschutzbereich gespart. Diese total verkehrte Prioritätensetzung kommt uns allen und die kommenden Generationen teuer zu stehen. Wenn wir nicht heute in dringend nötige Umwelt- und Klimaschutzmassnahmen investieren, bezahlen wir diese Rechnung später. So viel zur nationalen Ebene und

jetzt zur konkreten Antwort auf unsere Interpellation: Mit der Qualität dieser Antwort sind die Grünen nämlich zufrieden. Sie zeigt auf, wo der Kanton Aargau Stärken und Schwächen hat. Leider wird auch hier klar, dass die Aargauer Klimaziele mit den aktuellen Massnahmen nicht erreicht werden können. Die Massnahmen müssen konsequenter umgesetzt werden, der Klimaschutz höher priorisiert und neue Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen gesucht werden. Der Kanton Aargau hat gute Ansätze. Der erst gerade kürzlich veröffentlichte Bericht "Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau" ist zu erwähnen. Er zeigt auf, dass die aktuelle Lage im Kanton Aargau betreffend Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen regelmässig überdenkt wird, auch wenn der Kanton nicht wirklich auf der Zielgeraden ist. Auch die Checkliste für die drei Nachhaltigkeitsdimensionen "Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt" und auch die beiden Entwicklungsschwerpunkte "Klima" und "Förderung ressourcenschonender Innovationen" möchte ich hier positiv erwähnen. Aber eben, es "happert" im Kanton Aargau, genau wie in Bundesbern, nicht an Zielen, Strategien, Worten und Instrumenten, sondern an den konkreten Umsetzungen und der Prioritätensetzung im Kampf um die beschränkten Ressourcen. Der Kanton Aargau muss seine bisherigen Klimaaktivitäten und -massnahmen beschleunigen. Wir sind sehr gespannt auf die in der Beantwortung der Interpellation angekündete Roadmap (Netto-Null 2040) mit konkreten Zielen und Massnahmen, mit der die kantonale Verwaltung ihre Vorbildfunktion stärker wahrnehmen will, ebenso auf die angekündigte Wasserstrategie und die Strategie energieAARGAU, die laut Interpellationsantwort *"das Augenmerk noch stärker auf das Netto-Null-Ziel legt."* Die Grünen werden alle Strategien und Projekte weiterhin kritisch begleiten. Wir sind mit der Beantwortung der Interpellation durch den Regierungsrat zwar zufrieden, aber mit dessen Prioritätensetzung noch nicht.

*Vorsitzende:* Namens der Interpellantin erklärt sich Jonas Fricker, Baden, von der Antwort befriedigt. Das Geschäft ist erledigt.

Wir machen nun eine kurze Pause bis um 15:35 Uhr, bevor wir zum Abschluss des Amtsjahrs 2024 und der Legislaturperiode 2021/2024 kommen. Ich bitte Sie, in dieser Pause Ihren Platz bereits aufzuräumen.

*[Die Sitzung wird für eine Viertelstunde unterbrochen.]*

## **1658 Verabschiedung von Regierungsrat Alex Hürzeler, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport**

[Geschäft 24.317](#)

*[Musikalische Einlage des Jugendchors Seetal]*

*Vorsitzende:* Soeben haben wir den Jugendchor Seetal unter der Leitung von Simone Gysi, Emanuel Steffen und Samuel Welter gehört. Der Jugendchor Seetal ist ein Aargauer Projektchor für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren. Unter der Leitung eines professionellen Teams sowie dank grossem, ehrenamtlichem Einsatz und finanzieller Unterstützung von Sponsoren entsteht jedes Jahr ein musikalisches Grossprojekt. Dabei – wir haben es soeben gehört und gesehen – haben die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Kreativität und Leidenschaft in den Bereichen Chor- und Sologesang sowie Tanz und Theater zu entfalten. Zusätzlich stehen beim Jugendchor Seetal die Themen Integration, Zusammenhalt und Talentförderung im Zentrum. Emanuel Steffen wird uns nun auch noch verraten, was wir soeben gehört haben.

*Manuel Steffen, musikalischer Leiter, Jugendchor Seetal:* Es freut uns, den Jugendchor Seetal, sehr, dass wir heute an diesem speziellen Anlass für die musikalische Umrahmung sorgen dürfen. Sie haben gerade "Sing Sing" gehört. Das ist ein Lied von Kunz. Es ist eigentlich ein wenig unsere Lebensphilosophie beim Jugendchor Seetal. Wir singen vor, während und nach den Chorproben, in guten wie auch in schlechten Zeiten. Diese Lebensphilosophie geben wir auch sehr gerne weiter. Ich weiss

jetzt nicht, wie viel in diesem Saal während den Debatten gesungen wird, aber wir haben bis jetzt immer gute Erfahrungen damit gemacht. Vielleicht wäre das etwas für das nächste Jahr. Wir machen eine kurze Pause und kommen dann wieder.

[Applaus]

*Vorsitzende:* Willkommen zum Abschluss unserer Legislatur. Sie haben es vorhin schon gehört: Wir haben in dieser Legislatur 123 Sitzungen gehabt. Ich habe berechnet, wie viel das ungefähr ist. Das wären ungefähr 370 Stunden. Wenn wir das mal die 140 Grossrätinnen und Grossräte – es sind natürlich immer alle anwesend – rechnen, landen wir bei über 50'000 Stunden. Wenn ein Arbeitsjahr ungefähr 2'000 Stunden hat, dann haben wir insgesamt 24 Jahre hier gemeinsam gearbeitet. Gehen wir davon aus, dass ein Regierungsrat etwas mehr als 100 Prozent arbeitet, entsprechen diese 24 Jahre, die wir alle gemeinsam hier an Sitzungen waren, auch so ungefähr der Zeit der gesamten Arbeitszeit unseres Regierungsrats. Sie können es nachrechnen, mal schauen, ob ich richtig gerechnet habe.

In dieser Zeit haben wir 1'268 Geschäfte behandelt. Im Durchschnitt sind das ungefähr 17 Minuten pro Geschäft. Die Varianz ist aber beträchtlich. Wir hatten Interpellationsantworten von einer knappen Minute, bis hin zu – Sie erinnern sich – GGpl (Gesundheitspolitische Gesamtplanung), Steuerstrategie, Einheitspolizei, natürlich jährlich den AFP (Aufgaben- und Finanzplan) und – erst gerade letzthin – noch das Schulgesetz.

Damit bin ich auch gleich beim richtigen Regierungsrat angelangt – ja, sehr geehrter Herr Bildungsdirektor, lieber Alex. Die meisten Kinder gehen im Aargau 11 Jahre zur Schule: 2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule plus 3 Jahre Oberstufe. Wer die Matura macht, braucht 15 Jahre, das ist übrigens ein Jahr mehr als in den meisten anderen Kantonen. Kein Wunder ist der Bildungsdirektor also der Meinung: 16 Jahre sind genug.

Eine Schülerin, die in den "Chindsgi" kam als Alex Bildungsdirektor wurde und irgendwo in ihrer schulischen Laufbahn vielleicht noch eine Extrarunde oder ein Austauschjahr gemacht hat, macht jetzt die Matura. Wenn ich da auf meine Schulzeit zurückblicke, ist das schon eine sehr lange Zeit. Somit ist Alex von allen amtierenden Regierungsräten dem Aargauer Schulsystem am längsten treu geblieben. Die langjährige Nähe zur Bildung hat sich aber bei Alex definitiv gelohnt. Es ist ein offenes regierungsrätliches Geheimnis, dass er sich am intensivsten mit allen Botschaften beschäftigt hat. Oder – um den künftigen Landammann zu zitieren: "Manchmal kannte Alex die eigenen Botschaften besser als man selbst." Alex ist auch ein guter und anständiger Zuhörer – im Gegensatz zu vielen von uns. Er hat sich immer wieder daran gestört, wenn während Reden anderer viel und laut gesprochen wurde. Etwas, das auch unseren Zuschauern und Schulklassen auf der Tribüne immer mal wieder negativ auffällt. Und: In der Schule muss man wichtige Fakten mehrfach wiederholen, damit sie auch wirklich haften bleiben. Dieses didaktische Element hat Alex auch in Sitzungen gerne hin und wieder angewendet.

Seine Liebe zur Ausführlichkeit hat aber offenbar auch auf sein Departement abgefärbt oder vielleicht war es umgekehrt, wir wissen es nicht. Für die Vorbereitung dieser Rede haben wir nämlich um die Meilensteine von Alex' Zeit als Regierungsrat gebeten. Erhalten haben wir ein vierseitiges Dokument mit über 70 Meilensteinen. Das wären dann übrigens rund 1'200 Kilometer und somit mehr als Aarau–Paris retour. [*Heiterkeit*] Aufgelistet wurden diese Meilensteine in knapp 1'000 Worten. In normalem Sprechtempo – man rechnet mit 100 Worten pro Minute, merken Sie sich das doch bitte endlich [*Heiterkeit*] – wären das rund 10 Minuten reine Vorlesezeit. Ich spreche ja etwas schneller als der Durchschnitt, aber das wäre dann selbst mir zu ambitioniert.

Ich habe deshalb gemacht, was man heute so macht und ChatGPT um eine Zusammenfassung gebeten. Die erste Version war etwas trocken, deshalb – auch das kann man ja heutzutage machen – habe ich um eine etwas unterhaltsamere Version gebeten. Die teile ich nun gerne mit Ihnen: "*Die Reise von Alex Hürzeler als Kapitän des Aargauer Bildungs- und Kulturschiffs liest sich wie ein*

*Abenteuerroman: Vom anfänglichen "Ruhe-ins-System-Bringen" über Stürme der Sparmassnahmen bis zu den Herausforderungen durch Corona und den Ukraine-Krieg. Dabei steuerte er innovative Projekte wie die Einführung neuer Schulgesetze, den Ausbau eines Bildungscampus und Massnahmen gegen den Lehrermangel. Auch in stürmischen Zeiten zeigte er Weitsicht mit der Kulturförderung während der Pandemie, mit flexiblen Lösungen für geflüchtete Kinder und sportlichen Visionen für die Region. Mit einem klaren Kompass in Richtung Zukunft bleibt sein Vermächtnis ein Wegweiser für die Bildungslandschaft des Aargaus."*

Lieber Alex, länger als alle von uns warst Du in den letzten 28 Jahren – Du warst ja erst auch noch 12 Jahre Grossrat – in diesem Saal. In der Aargauer Politik warst du eine Konstante. Du hast Reformen in der Aargauer Bildungslandschaft angestossen. Du hast wichtige Infrastrukturprojekte wie den Neubau und die Erweiterung des Campus Brugg-Windisch, neue Sporthallen und den Ausbau von Mittelschulen vorangetrieben. Auch in Krisenzeiten hast du Schulen und Kulturschaffende so gut wie möglich unterstützt.

Für die nächsten zwei Wochen wünsche ich Dir viele schöne Erinnerungen beim Büro-Aufräumen. Für Deinen Fussmarsch von Paris ins Fricktal wünsche ich Dir gute Schuhe – dass es Dir nicht an Ausdauer fehlt, hast Du in den letzten Jahren längst bewiesen. Und wenn Du dann mal etwas mehr Zeit zu Hause verbringst, wünsche ich Dir eine erfüllende Beschäftigung und ein schönes Zuhause. Damit der neue Garten dann auch zum Blühen kommt, schenken wir Dir einen Gutschein von Rosen Huber.

Lieber Alex, ich danke Dir im Namen des Grossen Rats, aber auch im Namen der Aargauer Bevölkerung von Herzen für Deinen Einsatz für unseren Kanton. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft von Herzen alles Gute. Danke.

*[Grosser, lang anhaltender Applaus. Alle Anwesenden erheben sich. Übergabe der Geschenke.]*

*Alex Hürzeler, Regierungsrat, SVP: Besten Dank für diese wertschätzenden Worte, die ich natürlich sehr genossen habe. Jetzt benötige ich noch meine Brille, Herr Landammann. [Landammann Dr. Markus Dieth setzt Regierungsrat Alex Hürzeler die Brille gleich persönlich auf die Nase. / Grosse Heiterkeit.]* Das ist Teamarbeit, danke.

Es ist ein schöner und einzigartiger Moment voller Freude, Zufriedenheit und Dankbarkeit, den ich nun jetzt zusammen mit Ihnen erleben darf in diesem nicht pompösen oder klotzigen – eben typisch Aargau –, sondern zweckmässigen, zeitgemässen, modernen und trotzdem würdevollen Parlamentssaal des Grossen Rats hier in Aarau. Es ist nun genau 10'094 Tage her, seit ich hier im Grossratssaal am Dienstag, 29. April 1997 als junger, anpackender, interessierter, begeisterungsfähiger Gemeindeammann von Oeschgen als SVP-Grossrat und Vertreter des Bezirks Laufenburg vereidigt wurde. Es herrschte ebenfalls ziemlich genau dasselbe, gute Wetter wie heute. Es war in Aarau nicht immer gutes Wetter. Im Fricktal hingegen ist es ja meistens sonnig. *[Heiterkeit]*

Der Kanton Aargau mit all seinen Facetten, Regionen, Talschaften und seiner Lebensfreude, auch ausserhalb des Fricktals, wurde mir ab jenem Tag Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt geläufiger, lieber, bewusster. Heute, nach nun fast 28 Jahren, darf ich von mir behaupten, ein Aargauer durch und durch zu sein. Mein politischer Fokus und auch mein Engagement lagen immer und stets im und für den Kanton Aargau, nicht in Bundesbern und nicht in nationalen "Jedermannsgremien". Nein, ich habe mich auf den Kanton Aargau fokussiert.

Seit dem 1. April 2009 durfte ich nun für den Kanton Aargau und seine Bevölkerung als Regierungsrat und Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS), wozu unter anderem auch das gesamte Behinderten- und das Kirchenwesen zählt, dienen. Ein Exekutivamt, das ich sehr gerne und voller Engagement, Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein und voller Freude gelebt, gearbeitet und ausgefüllt habe.

Der Kanton Aargau und seine Menschen und auch die Politik haben sich in all diesen Jahrzehnten doch verändert. 1997 wurde beispielsweise an den SVP-Fraktionssitzungen morgens im Saal des heute auch nicht mehr vorhandenen Restaurants Affenkasten in der Aarauer Altstadt noch Stumpen geraucht. Nicht von mir, aber es gab doch einige, die dies schon morgens früh taten. Kommunikativ die grösste Errungenschaft in jener Amtsperiode innerhalb der SVP-Fraktion war es, allen einen Fax-Anschluss zu ermöglichen. [*Heiterkeit*] So sind wir gestartet. Die Regierungsräte sprachen damals übrigens noch stehend, das Mikrofon war etwas höher. Es waren 200 Damen und Herren aus dem ganzen Kanton anwesend. Der Saal war aber nicht grösser und es ging auch. Es hatte aber noch keine Laptops, dafür sehr viele Zeitungen, die gelesen wurden. So sah es 1997 bei meinem Start aus.

Als Regierungsrat nun ab 2009 – aber natürlich schon ein wenig als Grossrat – habe ich unter anderem die nicht enden wollende Digitalisierung der Verwaltung, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, die etwas von der Verwaltung beziehungsweise von ihrem Staat wollen, aber auch die Digitalisierung der Geschäftsprozesse, der Regierungsrats-, Grossrats- und Kommissionssitzungen miterlebt und weitgehend mitgemacht. Dass ich selbst nie auf den Social-Media-Zug aufgesprungen bin, was für einen Politiker – vielleicht auch aus Ihrer Sicht und aus jener der Medienschaffenden und der interessierten Bürgerinnen und Bürger – eher ungewohnt ist, war meine Entscheidung. Ich habe ihn nie bereut. Es gab und gibt immer genug Kanäle, wie man einen Regierungsrat erreichen kann. Kommt hinzu: Personenkult – und das gibt es auch in der Politik – gehörte aus meiner Optik nie zur Politik. Für mich bedeuten diese Ämter – Regierungsrat, Grossrat, Gemeindeammann – immer arbeiten, arbeiten, arbeiten, und zwar für die Menschen und mit den Menschen, mehrheitsfähige, umsetzbare Lösungen suchen, austarieren, ausdiskutieren und dann natürlich auch Lösungen finden. Und wenn man sie gefunden hat: Überzeugt, fundiert und mit der nötigen Prise Gelassenheit, aber auch mit dem Verständnis für das Gegenüber – es können ja nicht immer alle von einer Entscheidung profitieren – umzusetzen. Dies immer zusammen im Team, sei es im Regierungsratskollegium, in der Verwaltung mit meinen Mitarbeitenden, in Kommissionen oder auch mit Verbänden. Bei schwierigen Entscheidungen – da gab es doch einige – ist man dann einsam, aber es ist nicht so schwierig, wenn man auf gut fundierte, ausgearbeitete und ausdiskutierte Grundlagen setzen kann.

Nun hat mich der Auftritt des Jugendchors Seetal inspiriert. Ich war auch schon bei ihren Auftritten. Ja, hier in diesem Saal – und ich hoffe, das endet nicht mit dem heutigen Tag – wird ab und zu durch dieses Parlament auch gesungen. Es waren doch einige schon dabei, als wir im Vorfeld der Mundartabstimmung hier einmal einen Vorstoss hatten und dann der Bildungsdirektor spontan ein Lied anstimmte. Und jetzt singen Sie bitte auch mit wie damals. [*Regierungsrat Hürzeler stimmt das Lied "Im Aargau sind zwei Liebi" an, der ganze Saal singt mit.*] Die weiteren 14 Strophen ersparen wir uns. [*Grosse Heiterkeit*]

Für mich geht nun per Ende Jahr meine 31-jährige Politkarriere zu Ende. Für das Fricktal gibt es nach einer inzwischen doch beachtlichen 32-jährigen Regierungsratsära – Mörikofer, Brogli, Hürzeler – nun eine Pause, einen Zwischenhalt wie für viele andere Regionen im Kanton Aargau ja auch immer wieder. Aber in vier Jahren gibt es dann wieder neue Möglichkeiten. [*Heiterkeit*]

Ich bedanke mich für diese sehr lehrreiche und mich persönlich nur positiv bereichernde und prägende Zeit bei den inzwischen bald 735'000 Aargauerinnen und Aargauern für das Vertrauen in meine Person. Meinen Mitarbeitern des Departements BKS, auf die stets Verlass war, danke ich für die professionelle Unterstützung, Zusammenarbeit und Arbeitserledigung zugunsten des Aargaus. Weiter bedanke ich mich bei der Staatskanzlei, dem Parlaments- und Fahrdienst, den anderen Departementen, der Judikative, Ihnen als Legislative, den Kommissionen und den Verbänden aus Bildung, Kultur, Sport und Behindertenwesen. Ich danke Ihnen allen für die angenehme und stets konstruktive, wertvolle Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich aber auch beim Regierungsratskollegium – dem jetzigen und den weiteren drei, die ich miterleben durfte – für die stets auf gegenseitige Achtung und Vertrauen basierende Zusammenarbeit – ich gehe davon aus, dass dies auch für die morgige Regierungssatzsitzung noch gelten wird –, der Sache und dem Ganzen dienend, und für die Kollegialität, die wir stets gegen aussen auch zeigen durften. Diese Kollegialität entsteht innerhalb des Regierungsrats. Das war eine sehr tolle, schöne, prägende Zeit.

Ich danke aber auch meiner Partei, der SVP, der Fraktion und den Bezirksparteien für die grosse Unterstützung und – seit ich nun als Regierungsrat amten durfte – für das gegenseitige Verständnis unserer beiden Rollen und Funktionen und für den gespürten gegenseitigen Respekt.

Abschliessend und insbesondere danke ich auch meinem privaten Umfeld: Meiner Familie und insbesondere meiner Frau Ursula, welche mich seit Spätherbst 2012 in wunderbarer Weise begleitet, stützt und trägt. Das wird sie ab dem 1. Januar 2025 auch weiter tun und mich als Privatperson Alex Hürzeler weiterhin begleiten, stützen und tragen, so wie ich sie auch.

Und – damit ich es nicht vergesse: Ebenfalls danke ich der Firma Stabilo Boss, welche mich in den letzten Jahrzehnten immer begleitet hat und auch weiterhin begleiten wird. So sehen meine Reden und Dokumente aus, wenn sie dann beendet und finalisiert sind. [*Regierungsrat Hürzeler zeigt sein Redemanuskript, in welchem diverse Textstellen bunt gekennzeichnet sind. / Heiterkeit*] Das ist mein Stil.

Ich schliesse nun: Ich freue mich auf die freie Agenda und die grüne, noch unverplante Wiese, welche ab dem 1. Januar 2025 vor mir liegt. Ich wünsche – da würde noch etwas stehen, das ich nun nicht gelb gezeichnet habe und deshalb nicht mehr lesen kann [*Heiterkeit*] –, Ihnen allen, auch allen Zuhörenden hier im Saal, persönlich, beruflich und politisch alles Gute. Meiner Nachfolgerin Martina Bircher wünsche ich alles Gute, viel Erfolg und ebenso viel Freude und Genuss im Regierungsratsamt. "Händ Sorg zum Aargau." Danke.

[*Grosser Applaus*]

*Vorsitzende:* Danken möchte ich aber nicht nur dem abtretenden Regierungsrat, danken möchte ich auch den Regierungsräten, die uns erhalten bleiben. Ich habe in diesem Jahr einen kleinen Einblick in Ihre Agenden erhalten. Ich habe gesehen: Sie haben spannende Jobs voller wichtiger Entscheide und spannender Begegnungen, aber dasselbe, das ich dieses Jahr auch schon zu den Bundesräten gesagt habe, gilt auch für Sie: Sie sind bereit, auf einen Grossteil Ihres Privatlebens zu verzichten zugunsten Ihres Amtes, zugunsten der Aargauer Bevölkerung. Dafür haben Sie meinen grössten Respekt und ich danke Ihnen herzlich. Ich danke Ihnen im Namen des Grossen Rats, aber auch im Namen der Aargauer Bevölkerung für Ihren unermüdlichen Einsatz für unseren Kanton. Etwas weniger in der Öffentlichkeit, aber nicht minder engagiert ist unsere Staatsschreiberin. Die Staatskanzlei ist bekanntlich die Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung. Als Politikerin, die gleichzeitig in einer kantonalen Verwaltung arbeitet, kann ich nur sagen: Kein einfacher Job, den Sie, Frau Staatsschreiberin Joana Filippi, haben. Dafür, dass Sie die fünf Herren in der vergangenen Legislatur so gut unterstützt haben, danke ich Ihnen ganz herzlich.

Die Fraktionspräsidien haben den Wunsch geäussert, ihren Regierungsräten Blumen und weitere Geschenke überreichen zu dürfen. Das dürfen Sie nun tun.

[*Applaus. Übergabe der Geschenke.*]

Ich sehe: Landstatthalter Dieter Egli hat eindeutig gewonnen: An seinem Blumenstrauss hat es Schokolade daran. [*Heiterkeit*]

## 1659 Inpflichtnahme von Martina Bircher, Aarburg, als Regierungsrätin

### [Geschäft 24.318](#)

*Vorsitzende:* Nun kommen wir vom Abschied zum Neubeginn und damit zur Inpflichtnahme der neu gewählten Regierungsrätin Martina Bircher. Sie wurde am 20. Oktober 2024 vom Aargauer Stimmvolk als Regierungsrätin für die kommende Legislaturperiode 2025/2028 gewählt.

Als Mitglied des Regierungsrats wird in Pflicht genommen:

- Martina Bircher, Aarburg

Martina Bircher, Sie wurden nun als Regierungsrätin in Pflicht genommen. Sie bringen etwas Abwechslung in diesen doch eher homogenen Regierungsrat: Erstens: Sie sind deutlich jünger als die vier Herren. Zweitens: Sie kommen als einzige nicht aus dem Osten des Kantons. Und drittens – da war noch was, ach ja – Sie haben zwei X-Chromosomen. Gemischte Teams funktionieren normalerweise besser. Dem Regierungsrat stehen also erfolgreiche Zeiten bevor. Ich bin gespannt, vor allem aber wünsche ich Ihnen persönlich einen guten Start in Ihr neues Amt. Ich wünsche Ihnen Ausdauer, Gelassenheit und Humor und ich wünsche Ihnen die notwendige Unterstützung durch Ihr Department, Ihre neuen Regierungsratskollegen und natürlich auch durch Familie und Freunde. Alles Gute und herzlich willkommen.

[Applaus]

## 1660 Verabschiedung der austretenden Mitglieder des Grossen Rats und weitere Verabschiedungen

### [Geschäft 24.319](#)

*Vorsitzende:* "Wir sind hier eine Zweckgemeinschaft. Wir haben uns einander nicht ausgesucht. Wir mögen uns auch nicht immer gleich gut und vor allem: Häufig verstehen wir uns nicht. Manchmal können wir uns nicht verstehen und manchmal wollen wir uns nicht verstehen. Wir sind Akademikerinnen oder Handwerker, wir leben in der Stadt oder auf dem Land, wir sind jung oder gut gereift und wir stehen politisch von links bis rechts. Was uns verbindet, ist der Kanton Aargau. Wir alle kommen hier mit den besten Absichten Dienstag für Dienstag zusammen, um die Belange unseres Kantons zu beraten." Erinnern Sie sich? Das waren Worte aus meiner Antrittsrede. Dies war vor knapp einem Jahr. Heute verlassen 23 von Ihnen diese Zweckgemeinschaft. Die einen freiwillig, die anderen unfreiwillig. Einige waren lange – 16 Jahre – mit dabei, andere weniger als ein Jahr. Sie alle haben sich politisch exponiert, was heute keine Selbstverständlichkeit ist, und Sie haben sich für Ihre Werte und für den Kanton Aargau eingesetzt. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich, persönlich und im Namen der Aargauer Bevölkerung.

Sortiert nach Amtsalter werde ich Sie nun in vier Gruppen nach vorne bitten, damit Sie Ihre Urkunde und natürlich auch ein kleines Geschenk bekommen.

Wir starten mit der Gruppe, die nur eine knappe Legislaturperiode beziehungsweise bis und mit einer Legislaturperiode Mitglied des Grossen Rats war: Wir starten mit Jürg Baumann, Wettingen, SVP, und Armin Schenk, Brittnau, Grüne: Ihr beide seid in diesem Jahr nachgerutscht, im Wissen darum, dass Ihr vielleicht nur sehr kurze Zeit hier sein werdet. Trotzdem habt Ihr das auf Euch genommen. Ich hoffe, Ihr habt es genossen und wer weiss, vielleicht kommt Ihr ja einmal wieder zurück. Weiter geht es mit Roland Büchi, Wohlen, SVP: Er war eine Legislaturperiode Grossratsmitglied. Er war die ganze Legislaturperiode in der Einbürgerungskommission (EBK). Das klingt jetzt vielleicht nicht so wahnsinnig, aber es ist eben nicht selbstverständlich, dass jemand eine ganze Legislaturperiode in der EBK bleibt. [Heiterkeit] Das ist aber sehr wichtig und gut für die Konstanz der EBK. Auch eine Legislaturperiode hier war Ignatius Ounde, Gränichen, GLP. Er war in der Kommission JUS. Dir danke

ich natürlich ganz herzlich für die Grippeimpfungen. Wahrscheinlich sind wir alle auch dank Dir dieses Jahr so fit geblieben. Weiter ist Philippe Ramseier, Baden, FDP, seit einer Legislatur unter uns. Er war in der Kommission AVW tätig. Wie es sich für einen echten Freisinnigen gehört, war er als Unternehmer immer engagiert für gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Eine Legislaturperiode war auch Karin Faes, Schöftland, FDP, hier. Obwohl sie aus der hintersten Reihe zu uns nach vorne kommt, war sie bestimmt keine Hinterbänklerin. Sie war interessiert, engagiert – vor allem an GSW-Themen – und sie hat ganz von Anfang an auch immer die Vernetzung über die Parteigrenzen hinweg gesucht. Sie hat immer ein offenes Ohr für Argumente, egal, woher sie kommen. Eine Legislaturperiode war auch Isabelle Schmid, Tegerfelden, Grüne, hier. Auch wenn Du vom Jahrgang her nicht zu den Jüngsten gehörst, bringst Du durch Deine Art doch viel frischen Wind in diesen Rat. Du bist gesellig im Umgang, interessiert an vielen Themen und offen für Argumente, auch bei Dir, egal, aus welcher Ecke sie kommen. Ich danke Euch allen. Ihr bekommt jetzt die Urkunde, ein schönes Aargauer Tassli mit Schoggi-Stängeli drin. Nun gibt es ein Gruppenfoto.

*[Applaus und Übergabe der Urkunden und Geschenke.]*

Wir kommen zur Gruppe, die eine bis zwei Legislaturperioden hier war. Wir starten mit Christian Keller, Nussbaumen bei Baden (Obersiggenthal), Grüne: Du konntest dich in deiner Lieblingskommission, der UBV, mit viel Fachwissen für Dein Herzensthema, die nachhaltige Mobilität, einsetzen. Auch fast fünf Jahre hier war Rolf Walser, Aarburg, SP: Du hast als Präsident der Kommission SIK ganz schnell Verantwortung übernommen, Du warst immer gelassen und humorvoll. Auch Du hast den Kontakt über die Parteigrenzen nie gescheut. Ab und zu hast Du im Ratskeller zu den letzten gehört. Du hast es auch für heute schon angekündigt. Wir werden sehen. Fast fünf Jahre hier war Roland Kuster, Wettingen, Mitte. Er war Vizepräsident der VWA und ist dieses Jahr dann auch noch einige Male im Ernstfall zum Einsatz gekommen. Als Gemeindeammann von Wettingen hast Du uns, die Grossratspräsidenten, jedes Jahr am 1. August herzlich begrüsst – danke dafür. Zwei Legislaturperioden hier war Tonja Burri, Hausen, SVP. Du warst aktiv in der JUS und der BKS. Passend dazu warst Du mit ganz vielen Vorstössen in den Bereichen Bildung und Sicherheit sehr aktiv. Zwei Legislaturperioden hier war auch Daniel Mosimann, Lenzburg, SP. Als Gemeindeammann von Lenzburg war er natürlich in der AVW und – wie wir in den letzten Sitzungen gesehen haben: Du wärst auch als Kommissionspräsident geeignet gewesen. Dein Einsatz als Vizepräsident war allerdings nur ganz kurz. Zwei Legislaturperioden hier war auch Gérald Strub, Boniswil, FDP. Er war in der AVW und Sprecher für die Hochbauvorlagen. Du bist Digitalisierungsexperte. Dass ein Digitalisierungsexperte uns jetzt verlässt, kann zwei Dinge bedeuten. Entweder: Die Digitalisierung im Grossen Rat ist bereits abgeschlossen. Oder: Es ist hoffnungslos. *[Heiterkeit]* Ich bin mir nicht sicher. *[Grossrat Strub sagt: "Das Erste."]* Das Erste, okay, Optimist ist er in dem Fall auch. *[Heiterkeit]* Ich danke auch Euch allen ganz herzlich.

*[Applaus und Übergabe der Urkunden und Geschenke.]*

Wir kommen zu den Personen, die zwei bis drei Legislaturperioden hier bei uns waren. Wir starten mit Gabriel Lüthy, Widen, FDP. Er war neun Jahre für die FDP im Grossen Rat. Er war in der KAPF und der VWA. Du gehörst zu den Freisinnigen, die Effizienz auch bei den Voten hochhalten. Diese waren nämlich immer kurz und bündig und Du hast sie auch nur gehalten, wenn sie nötig waren. Seit 10 Jahren und einem Monat hier ist Dr. Roland Frauchiger, Thalheim, EVP. Viele von uns beschwerten sich ab und zu über die Arbeitslast einer Mitgliedschaft in einer Kommission. Du hast diese Legislatur fast 100 Kommissionssitzungen absolviert. Du warst in der UBV, der JUS und auch bei den Richterwahlen aktiv. Herzlichen Dank für diesen grossen Einsatz. 10 Jahre und 9 Monate hier war Dr. Bernhard Scholl, Möhlin, FDP. Du gehörst auch zum Kreis der ehemaligen Grossratspräsidenten. 2018 hast du den Rat präsiert und offenbar ist ein wichtiger Stichtagsentscheid von Dir in Erinnerung geblieben, nämlich jener zugunsten der Charta der Lohnleichheit im öffentlichen Sektor. In den letzten Jahren warst Du KAPF-Mitglied und Sprecher für die Sammelvorlagen (für Verpflichtungskredite und Nachtragskredite). Wir danken Dir, dass Du immer aus dem stets sonnigen Fricktal ins nicht immer ganz so sonnige Aarau gereist bist. Fast 11 Jahre hier war Robert Obrist, Schinznach, Grüne:

Die Rolle als Fraktionschef der Grünen stelle ich mir besonders schwierig vor. [*Heiterkeit*] Ich bin beeindruckt. Du warst ausserdem langjähriges KAPF-Mitglied sowie insbesondere auch SNB-Spezialist (SNB = Schweizerische Nationalbank). Ich nehme an, der Finanzdirektor wird dich dann nächsten Herbst anrufen, wenn er nicht genau weiss, wie er die SNB-Ausschüttungen budgetieren soll. [*Heiterkeit*] Drei Legislaturperioden hier war Dr. Jürg Knuchel, Aarau, SP. Er ist auch der Einzige im Raum, der meinen Magen schon mal von innen sah. [*Grosse Heiterkeit. / Grossrat Dr. Knuchel ist Facharzt für Gastroenterologie und Innere Medizin.*] Jürg, Du bist Gesundheits- und Sozialpolitiker durch und durch. Wir haben dich heute noch einmal in Action erlebt. Herzlichen Dank für Deinen grossen Einsatz bis zum Schluss. Drei Legislaturperioden hier war auch Sander Mallien, Baden, GLP. Diese Legislatur war er Präsident der EBK. Sander, niemand konnte so viele Stichentscheide fällen wie Du. Du hast das aber, glaube ich, nicht immer so genossen. Nebst der EBK warst Du sehr interessiert an der interkantonalen Zusammenarbeit. Du warst lange in der IPK (Interparlamentarische Kommission) Nordwestschweiz tätig. 2018 und 2019 warst Du sogar deren Präsident. Auch drei Legislaturperioden hier war Alfred Merz, Menziken, SP. Du warst stets engagiert für gute Rahmenbedingungen für das Personal und als AVW-Präsident immer sehr gut vorbereitet auf all Deine Sitzungen. Ein weiterer Grossrat, der drei Legislaturperioden hier war, allerdings nie wirklich richtig verabschiedet wurde, da er einen Monat zu früh ausgetreten ist, ist Regierungsrat Alex Hürzeler. Ich habe gehört, da Du einen Monat zu früh – also "zu früh": du wurdest in den Regierungsrat gewählt, da kann man nichts machen – ausgetreten bist, wurdest Du nie wirklich als Grossrat verabschiedet. Das möchten wir natürlich an dieser Stelle nachholen. [*Heiterkeit*] Du warst wirklich in vielen Kommissionen. Du warst unter anderem Präsident der Staatsrechnungskommission. Du warst lange Grossrat, aber auch in Deiner Rolle als Regierungsrat konntest Du immer sehr gut trennen zwischen der Rolle als Grossrat und der Rolle als Regierungsrat. Auch Du bekommst ein Aargauer Tassli mit den guten Schoggistängeli.

[*Applaus und Übergabe der Urkunden und Geschenke.*]

Wir kommen zur vierten Gruppe. Sie waren 16 Jahre hier im Grossen Rat. Ich starte mit Daniel Wehrli, Küttigen, SVP. Ja, Aargauer Holz war Dein Thema – beruflich und politisch. Du warst als Kommissionsmitglied in der SIK, der EBK und der AVW und hast dich auch sonst immer engagiert. Ich danke Dir an dieser Stelle auch nochmals ganz herzlich für das Pizza-Essen, zu dem Du uns dieses Jahr eingeladen hast, und auch für Deine damals gehaltene Rede. Du hast uns nämlich alle erinnert: "Nehmt Euch Zeit für Freunde und Familie." Da gebe ich Dir absolut recht. Danke für diese Erinnerung. Ich muss auch Gertrud Häseli, Wittnau, Grüne, verabschieden. Auch sie war vier Legislaturperioden hier. Gertrud ist *die* Aargauer Biobäuerin aus dem Fricktal. Sie ist sozial engagiert, insbesondere für Frauenthemen. Sie hat auch immer den Grossrätinnen-Treff organisiert. Sie hat auch stets immer andere Meinungen akzeptiert. Sie war in den Kommissionen AVW, VWA und diese Legislaturperiode auch noch in der JUS. Ja, liebe Gertrud, ich habe Dir viel zu verdanken. Du warst es nämlich, die die Idee hatte, dass ich Grossratspräsidentin werden könnte. Selbst wäre ich nicht auf diese Idee gekommen. Zu entscheiden, ob Du damit der Aargauer Bevölkerung einen Gefallen getan hast, überlasse ich anderen. Ich danke Dir von Herzen dafür. So ist es mir auch eine Ehre, aber bestimmt keine Freude, dich zu verabschieden. Aus einem viel erfreulicheren Grund verabschieden wir heute Christian Glur, Murgenthal, SVP. Auch er war vier Legislaturperioden Grossrat. Den Grund kennen Sie alle: Er wurde gestern bereits von einer Aargauerin in Pflicht genommen. Nationalratspräsidentin Maja Riniker hat ihn gestern in der Wintersession als Nationalrat in Pflicht genommen. Bei uns war er Mitglied der UBV und in dieser Legislatur auch deren Präsident. Ich danke Dir für Deinen Einsatz. Du warst stets immer umgänglich, gelassen, sehr anständig und respektvoll unterwegs. Ich hoffe natürlich, dass Du diese Eigenschaften auch in Bundesbern weiterführst. Ich danke Dir ganz herzlich. Ihr alle bekommt natürlich auch das Tassli und die Urkunde. Offenbar denkt man, dass man nach vier Legislaturperioden auch noch etwas Wein verdient – oder nötig hat. [*Heiterkeit*] Ihr bekommt als Abschiedsgeschenk also auch noch einen Staatswein.

[*Applaus und Übergabe der Urkunden und Geschenke.*]

Nebst den Verabschiedungen von einigen von Euch, verabschieden wir heute auch die Kommissionspräsidenten. Diese wechseln nämlich auf nächste Legislatur. Ich danke allen, die diese zusätzliche Aufgabe auf sich genommen haben. Wir hatten in dieser Legislatur 926 Kommissionssitzungen mit insgesamt 1'633 Sitzungstunden. Gewonnen oder verloren – je nachdem, wie man es sieht – hat die GSW mit 56 Sitzungen, eng verfolgt von der AVW mit 55 und der BKS mit 54 Sitzungen. Ja, liebe Kommissionspräsidentin, liebe Kommissionspräsidenten, bei Kommissionssitzungen ist es ja immer schwierig abzusehen, wie sich diese entwickeln. Diese sind schwierig zu leiten. Ihr habt es nicht so einfach wie wir Grossratspräsidentinnen und -präsidenten. Nebst der Sitzungsleitung seid Ihr aber auch ein wichtiges Bindeglied zwischen Regierungsrat und Grosse Rat. So danke ich Euch allen. Ein grosser Dank geht aber auch an den Kommissionsdienst unter der Leitung von Rebecca Jacquat. Ihr seid immer gut vorbereitet und hilfsbereit. Auch habt Ihr diese Umstellung auf die Grossratsdienstage und die Kommissionsdienstage gut gemeistert. Auch sonst habt ihr dieses Jahr so manche Turbulenzen überstanden und gemeistert. Vielen herzlichen Dank auch Euch. Es gibt aber nicht nur die grossrätlichen Kommissionen, wir haben auch interparlamentarische Kommissionen. Bei vielen Themen ist es wichtig, dass wir eben über Kantonsgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Verdanken möchte ich hier auch diese. Das sind Béa Bieber als Präsidentin des Oberrheinrats, Ruth Müri als Präsidentin der IPK der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und Flurin Burkard als Präsident der interparlamentarischen GPK Polizeischule Hitzkirch. Nun bitte ich Euch drei, aber auch sämtliche anderen Kommissionspräsidenten – Alfred Merz, Stefan Huwyler, Dr. Titus Meier, Sander Mallien, Daniel Erich Aebi, Dr. Severin Lüscher, Rolf Haller, Rolf Walser, Christian Glur und Rita Brem-Ingold – nach vorne.

*[Applaus und Übergabe der Geschenke.]*

Danken möchte ich auch den Büromitgliedern. Ich denke, hier spreche ich auch im Namen meines Vorgängers und meiner Vorgängerin. Die Zusammenarbeit war immer kollegial. Manchmal hatte es im Büro auch den Touch einer Selbsthilfegruppe, denn jede Fraktion hat ja so ihre Eigenheiten und: Politikerinnen und Politiker sind schwer führbar. Die Zusammenarbeit mit Euch war stets konstruktiv und die gemeinsamen Ausflüge immer lustig. Ein Geschenk gibt es nur für austretende Büromitglieder, aber ja, die anderen bekommen dann nächstes Jahr mich als "Gspändli", da habt Ihr dann auch das "Geschenk". Ich bitte Robert Obrist, Claudia Rohrer und Colette Basler nach vorne. Désirée Stutz würde natürlich auch verdankt. Ich danke auch ihr ganz herzlich. Sie kann heute leider nicht hier sein. Auch wenn ich den Fraktionspräsidenten der Grünen anschau *[Grossrat Obrist hat eine Schulterverletzung]*, scheint mir, dass so ein Fraktionspräsidium nicht sehr gesund ist. Auch Sie bekommen etwas Wein. Die anderen Büromitglieder werden in den nächsten Jahren noch genügend Staatswein zu trinken bekommen. *[Heiterkeit]*

*[Applaus und Übergabe der Geschenke.]*

Wir nähern uns dem Schluss der Verdankung. Danken möchte ich zum Schluss aber auch noch unserer 141. Grossrätin. Unsere Ratssekretärin Rahel Ommerli hat dieses Jahr nämlich auch Ausserordentliches geleistet. Zeitweise machte sie drei Jobs gleichzeitig: ihren eigenen, den ihres Stellvertreters und den ihrer Assistentin. Liebe Rahel, Du warst mir dieses Jahr ein Vorbild, ein Vorbild im Umgang mit verschiedensten Menschen. Du warst mir eine gute Ratgeberin bei Fragen aller Art. Deine Begeisterung für Deine Arbeit und für den Grossen Rat hat auch mich immer wieder motiviert. Dir und Deinem Team danke ich ganz herzlich für alle Sonderschichten, die Ihr dieses Jahr geleistet habt. Es war kein einfaches Jahr und Euer Einsatz war nicht selbstverständlich. *"Nur schon für die Zusammenarbeit mit Euch lohnt es sich Grossratspräsidentin zu sein."* Auch dies ein Zitat meiner Antrittsrede. Auch nach einem Jahr bin ich derselben Meinung. Ich weiss noch nicht, was ich nächstes Jahr als ehemalige Grossratspräsidentin so alles vermissen werde: Euch werde ich aber bestimmt vermissen. Vielen, vielen lieben Dank.

*[Applaus]*

Ja, liebe Rahel, Du weisst es: Mit Blumen habe ich es nicht so, dafür mit Schokolade. Ihr habt nächstes Jahr sicher den einen oder anderen stressigen Kommissionsdienstag. Ihr werdet dann an einem der ersten dieser stressigen Kommissionsdienstage von mir mit guten, aber sicher ungesunden Nahrungsmitteln – Nervennahrung – versorgt. Vielen Dank.

[Musikalische Einlage des Jugendchors Seetal]

Vorsitzende: Lieber Jugendchor Seetal, vielen herzlichen Dank, das war fantastisch. Wir haben jetzt auch Musik gefunden, die sowohl Regierungsrat Alex Hürzeler als auch mir gefällt. Ich gratuliere dazu. [Heiterkeit] Sehr schön wart Ihr hier. Vielen herzlichen Dank. Ich habe mir Eure Webadresse gemerkt, ich werde Euch bestimmt wieder finden. Vielleicht komme ich auch mal an einem Dienstag zur Jugend ins Seetal statt in den Grossen Rat. Es scheint mir bei Euch fast ein wenig unterhaltsamer zu sein. [Heiterkeit]

## 1661 Schlussansprache von Grossratspräsidentin Dr. Mirjam Kosch, Aarau

### [Geschäft 24.320](#)

Vorsitzende: "Hast Du in diesem Jahr eine neue Erkenntnis über mich gewonnen?" Das habe ich meinen Partner gefragt, als ich nicht so recht wusste, wie ich dieses Jahr heute in fünf Minuten zusammenfassen sollte. Seine Antwort war für mich überraschend: "Du bist offener für andere Meinungen geworden und kannst klarer zwischen der Position und der Person dahinter unterscheiden." Natürlich habe ich mich erstmal verteidigt und gesagt, dass ich das schon immer konnte. Ich musste dann aber zugeben, dass er wohl mal wieder recht hat. Na ja, egal, sonst habe ja ich immer recht. [Heiterkeit]

Um Menschen und Organisationen mit verschiedenen Meinungen und Geschichten kennenzulernen, hatte ich in diesem Jahr viele Gelegenheiten. Ich bin eingetaucht in fremde Welten und unbekannte Bubbles – für eine linke, urbane Akademikerin unter 40 Jahren bietet der Kanton Aargau dazu auch zahlreiche Möglichkeiten. Ich war bei der Schützenfamilie und am Jahresrapport der Ter Div 2 (Territorialdivision 2). Ich durfte den Bundesrat im Kunsthaus begrüßen und im Campus Brugg-Windisch zu den Baumeistern sprechen. Ich war an Versammlungen des TCS und durfte im Naturama eine Ausstellung zur Anpassung an den Klimawandel eröffnen. Ich habe eine obligatorische Sicherheitsveranstaltung Bevölkerungsschutz besucht und wurde an diverse Konzerte eingeladen. Ich habe den Staats- und den Ortsbürgerwein gekürt und war am Kiesbier. Das Blaue Kreuz hat mich erstaunlicherweise nie eingeladen. [Heiterkeit] Dafür habe ich die Geschäftsstellen von AGV (Aargauische Gebäudeversicherung) und AIHK (Aargauische Industrie- und Handelskammer) besucht. Ich war im KSA (Kantonsspital Aarau), im KSB (Kantonsspital Baden) und im Medizinischen Zentrum Brugg. Ich habe Asylunterkünfte besucht und mich mit Präsidien anderer Kantonsparlamente getroffen. Und viel, viel mehr. Insgesamt war ich an rund 140 Anlässen und Terminen und ich habe rund 55 Reden und Grussbotschaften gehalten.

Vielen von Ihnen bin ich das ganze Jahr hindurch immer wieder begegnet. Am häufigsten getroffen habe ich, glaube ich, Nationalrat Christoph Riner. Ich freue mich, dass er auch heute noch einmal hier ist. Ich danke allen, die mich eingeladen haben. Insbesondere danke ich auch vielen Mitgliedern der Fraktionen der SVP und der FDP. Ihr habt mich weit ausserhalb meiner eigenen Bubble überall ganz herzlich empfangen. Vielen Dank. [Applaus]

Gegen Ende des Jahres wurde ich immer wieder gefragt: "Was war das Highlight des Jahres?" Aber – passend zu unserem Kanton – gab es eben nicht *das eine* Highlight, sondern – Sie wissen es – es ist die Vielfalt. Die Vielfalt der Veranstaltungen und Organisationen hat mir gefallen. Ich bin überall auf engagierte Menschen getroffen.

Ja, trotz dieses für mich wirklich grossartigen Jahres fühle ich mich angesichts der Weltlage manchmal ohnmächtig. Als Umweltnaturwissenschaftlerin wollte ich schon immer die Welt retten, aber ich

lernte, dass das nicht allein in meiner Hand liegt. Dennoch können wir in unserem Umfeld etwas bewirken – für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Dieses Engagement ist immer wichtig, oft anstrengend, aber auch bereichernd. Es erfordert, dass wir uns immer wieder auf andere Meinungen einlassen. Ich empfehle Ihnen als Grossrätinnen und Grossräte: Gehen Sie in den Mittagspausen auch mal mit einer anderen Fraktion essen, besuchen Sie die Organisationen, gegen die Sie die grössten Vorurteile haben, und versuchen Sie sich immer, so gut wie möglich in die Lage Ihrer politischen Gegner zu versetzen.

Mein Motto für dieses Jahr war "zäme", weil Demokratie für mich bedeutet, zusammen die Zukunft zu gestalten. Dazu durfte ich in diesem Jahr beitragen. "Zäme" die Zukunft gestalten, möchte ich auch weiterhin und so nehme ich mir vor, auch weiterhin offen für andere Meinungen zu bleiben und zwischen Position und Person zu unterscheiden. Mal schauen, wie mir das in meiner neuen Rolle als Fraktionspräsidentin der Grünen dann gelingt. Ich gebe mir Mühe.

Auch wenn mich die Weltlage bedrückt: Dieses Jahr hat mir Hoffnung und Kraft gegeben, und zwar durch all die engagierten Menschen, die ich getroffen habe, die "zäme" den Kanton Aargau und die Welt ein bisschen lebenswerter machen.

Für mein Jahr als Grossratspräsidentin bin ich dankbar. Ich möchte es nicht verpassen, einigen Personen speziell zu danken. Ich danke als allererstes meiner Fraktion für die grossartige Chance, ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. Ich danke meinen Vorgängern Elisabeth Burgener und Dr. Lukas Pfisterer und meinen Vizepräsidenten Markus Gabriel und Urs Plüss für die stets vertrauensvolle und immer wieder lustige, unterhaltsame Zusammenarbeit. Ich danke allen, die den Grossen Rat im Hintergrund unterstützen. Allen voran Rahel Ommerli und Rebecca Jacquat und ihren Teams aus Parlaments- und Kommissionsdienst. Ich danke meiner Weibelin, Manuela Widmer, aber auch meinen Chauffeuren, meiner Chauffeuse für die vielen angenehmen und manchmal unterhaltsamen Fahrten durch den Kanton – natürlich fast immer mit dem Elektroauto. Ich danke Ihnen allen. Ich danke Ihnen für die gute Mitarbeit in den 18 Grossratstagen, die ich leiten durfte. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung, für die vielen netten Worte, für die Begegnungen. Ich danke Ihnen für alles. Die Floskel "es war mir eine Freude und Ehre, Ihre Präsidentin zu sein", hat sich dieses Jahr für mich mit Leben gefüllt.

Beenden möchte ich den Dank, wie ich ihn vor fast einem Jahr begonnen habe. Ich danke meinem Partner Alexander Umbricht: Du hast mich mit viel Freude und Interesse durch dieses Jahr begleitet. Es war schön, dich dabei zu haben und ich freue mich, dass wir weiterhin "zäme" durchs Leben gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende. So langsam geht es Richtung Apéro, dazu zwei Tipps: 1. Nutzen Sie die gesamte Fläche des Ratskellers. Auch wenn ich räumliche Verdichtung prinzipiell befürworte, macht es keinen Sinn, wenn sich 150 Personen auf 10 Quadratmetern zusammenquetschen. Hier ist Zersiedelung für einmal erwünscht. 2. Ein Tipp für alle künftigen Apéros: Halten Sie Ihr Essen immer in der linken Hand, so bleibt die rechte Hand sauber und bereit zum Händeschütteln oder Anstossen. Diese praktische Weisheit habe ich auch kürzlich mit meinem Vizepräsidenten Markus Gabriel diskutiert, der mir dann kurz darauf bestätigte, dass er es nun ebenfalls verinnerlicht hat. In diesem Moment wusste ich: Markus, Du bist bereit für Dein Amt. *[Heiterkeit]* Lieber Markus, ich übergebe dieses wunderbare Amt vertrauensvoll in Deine Hände. Ich wünsche Dir ein grossartiges Jahr, aber erstmal freue ich mich, mit Ihnen allen im Ratskeller auf das Ende dieser Legislatur anzustossen. Herzlichen Dank.

*[Grosser Applaus. Alle Anwesenden erheben sich.]*

*Markus Gabriel, SVP, Uerkheim:* Ja, liebe Mirjam, es ist noch nicht ganz fertig. Vor einem Jahr hast Du Dr. Lukas Pfisterer unterbrochen. Ich denke, Dir soll es jetzt nicht besser gehen. Darf ich dich nach vorne bitten, Du musst dich langsam von Deinem Sessel lösen.

Ich habe für dich noch 300 Worte vorbereitet. Du weisst, in meiner Zeitrechnung sind das vier Minuten. [*Heiterkeit*] Das ist so ein Gag zwischen uns. Du hast mir letzthin gesagt: "Komm bitte zum Schluss." Das musst Du mir jetzt nicht sagen, darfst Du auch nicht mehr.

Wir blicken auf ein reich befrachtetes, von Dir ausgezeichnet geleistetes Präsidialjahr zurück. Dein Engagement war gigantisch – super. Du hast sehr viele Anlässe besucht. Du hast eine Liste dazu verschickt, welche wir gesehen haben. Es waren sehr viele Termine und interkantonale Veranstaltungen: Medientreffen, Mai-Andacht, Jassturniere, 1. August-Reden, bilaterale Besuche, Grussworte und Reden, 35 Grossratssitzungen, sechs Bürositzungen und vieles mehr. Das war wirklich super.

Auch im Namen meines Vizepräsidenten, Urs Plüss, und allen hier anwesenden Grossrätinnen und Grossräte, dem ganzen Parlamentsdienst und allen Gästen im Saal und auf der Tribüne danke ich Dir für ein tolles Jahr. Du hast alle Sitzungen souverän vorbereitet, mit Weitblick, guter Vorbereitung, Fairness und einem gewissen Humor geleitet. Viel unterschiedlicher könnten wir im Präsidium ja nicht sein, Du hast es heute erwähnt: von rechts bis links, von jung bis erfahren und so weiter. Trotzdem hatten wir eine gute Kollegialität. Dank Rahel Ommerli und ihrem Team waren wir immer super vorbereitet. Das hat uns geholfen. Spass hatten wir zwischendurch auch immer wieder, so soll es sein.

Überall, wo Du warst, wurde nachher von Dir geschwärmt. Das ist für Deinen Nachfolger schwierig. Du hast grosse Fussstapfen hinterlassen. Auch hier im Grossen Rat wurdest Du von allen, von links bis rechts, über den grünen Klee gelobt. Dem können wir zwei Vizepräsidenten uns nur anschliessen. Apropos Klee: Du hast nicht so gerne Blumensträusse. Du hast heute gesagt, dass jener mit der meisten Schoggi gewonnen habe. Ich weiss es nicht, ob es Schokolade drin hat: Wir haben Dir einen Geschenkekorb bereitmacht. Es hat Birnenbrot, Konfitüre – Konfi hat auch Zucker drin –, Butterstängel und viele andere Sachen drin. Dies als kleiner Dank an dich. Zusätzlich liegt obendrauf ein Gutschein. Wir haben gehört, dass Du gerne wanderst. Es ist ein Gutschein für eine Wanderung, nicht im schönen "Wilden Westen", nicht im Freiamt, nicht im Fricktal, nicht im Zurzibiet, sondern an einem Ort, wo es einen See hat – die heutige Musik kam aus dieser Gegend: dem Seetal. Du kannst dort wandern gehen und Du kannst bequem, wie es für Dich gehört, mit dem Bus anreisen, ankommen und dann kannst Du eine Rundwanderung machen. Du kannst Dich über dem Nebel ein wenig von Deinem anstrengenden Präsidialjahr erholen. Wenn Du möchtest, kannst Du dort auch zu Abend essen und übernachten. Nochmals herzlichen Dank für dieses super Jahr. Wir beide sind gut vorbereitet.

[*Applaus. Übergabe der Geschenke.*]

*Vorsitzende:* Vielen Dank. Nun bleibt mir nichts anderes übrig, als zu sagen: Kommen Sie doch bitte in den Ratskeller. Stossen wir gemeinsam an. Ich freue mich.

Ich wünsche Ihnen allen wunderschöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:07 Uhr